



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Kreisausschuss

---

Es informiert Sie:	Antje Schäfer
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	<a href="mailto:antje.schaefer@kreis-mettmann.de">antje.schaefer@kreis-mettmann.de</a>

Mettmann, den 12.12.2013

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Montag, den 09.12.2013, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Thomas Hendele

#### **Mitglieder**

Ernst Buddenberg

Detlef Ehlert

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Berndt Hoffmann

Dr. Bernhard Ibold

Ottokar Iven

Martina Köster-Flashar

Ilona Küchler

Bernhard Osterwind

Dieter Roeloffs

Michael Ruppert

Stephan Schnitzler

Manfred Schulte

Klaus-Dieter Völker

Dirk Wedel

#### **Verwaltung**

Harald Beier

Denise Brauer

Lothar Breitsprecher

Anja Büttner

Georg Görtz

Dirk Haase  
Ulrike Haase  
Nils Hanheide  
Denis Heimann  
Daniela Hitzemann  
Thomas Jarzombek  
Martin Klemmer  
Manfred Lochmann  
Jutta Pilz  
Martin M. Richter  
Antje Schäfer  
Martin Schlüter  
Christian Schölzel  
Martina Siebert  
Christoph Waldhoff

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Informationen der Verwaltung
3. Organisation des Tourismusmanagements im Kreis Mettmann 40/051/2013/1
4. Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2014 des Kreises Mettmann  
Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2014 20/046/2013
5. Stellenplan 2014 10/010/2013
6. Personalkostenbewirtschaftung  
- Budgetentwicklung 2011 - 2014 01/020/2013
7. Haushalt 2014 20/039/2013
  1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014
    - a) Gesamtergebnisplan
    - b) Gesamtfinanzplan
  2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014

8. Nachträge

### Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung

10. Nachträge

### Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1:      Formalien</b>
-----------------------------------

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Horzella, KA Krick und KA Vielhaus fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Nachfrage von KA Kuchler stellt Herr Haase fest, dass sich aus der Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Ziffer 2 der Veränderungsanträge keine Stellenplanrelevanz ergibt. Damit kann die Anfrage zum Haushalt 2014 beraten und muss nicht bereits zum Stellenplan behandelt werden.

Im Verlauf der Sitzung einigen sich die Mitglieder einvernehmlich darauf, Tagesordnungspunkt

4.      Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2014 des Kreises      20/046/2013  
         Mettmann  
         Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2014

erst im Anschluss an die Haushaltsplanberatungen zu diskutieren.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, so dass die so geänderte Tagesordnung festgestellt wird.

Abschließend weist Landrat Hendele darauf hin, dass an den Plätzen

- ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Tagesordnungspunkt 3 „Organisation des Tourismusmanagements im Kreis Mettmann“,
- eine Übersicht über alle im Rahmen der Stellenplanberatungen zu behandelnde Anträge der Fraktionen (**Anlage 1**),
- eine Übersicht über Veränderungsanträge, die sich aus der Umsetzung des Stellenplans 2014 ergeben (**Anlage 2**),
- eine Übersicht über alle heute zu beratenden Haushaltsveränderungsanträge (**Anlage 3**) sowie
- eine Übersicht über die vom 01.01.2013 bis 09.12.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen (**Anlage 4**)

ausliegt.

<b>Zu Punkt 2:      Informationen der Verwaltung</b>
--

– entfällt –

<b>Zu Punkt 3:            Organisation des Tourismusmanagements im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 40/051/2013/1</b>
---

Landrat Hendele berichtet, dass der Beratungspunkt im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus aufgrund von Beratungsbedarf der FDP-Fraktion ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen wurde. Er weist darauf hin, dass ein Antrag der CDU-Fraktion sowie zwei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegen. KA Dr. Ibold stellt fest, dass der aktuelle Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den älteren Antrag ersetze.

KA Völker erläutert zunächst den Antrag seiner Fraktion. Man wolle zwar nach Auslaufen der Förderung die Personalkosten der ersten Stufe tragen, ansonsten jedoch keinen Automatismus beschließen, sondern stufenweise entscheiden.

KA Schulte hält den Beschlussvorschlag der Verwaltung für schlüssig und begründet und sieht keinen Automatismus darin. Zur Frage der Rechtsform macht er deutlich, dass diese zwar nicht entscheidend sei, eine privatrechtliche Form jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden sollte. Allein die Tatsache der Umsatzsteuerpflicht sei kein Ausschlusskriterium. Mit Blick auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht er deutlich, dass seine Fraktion ihn nicht mitträgt. Die Kreisverwaltung halte gegenüber den kreisangehörigen Städten keine Informationen zurück.

KA Ruppert betont, wie wichtig eine Evaluation sei, auch wenn die Festlegung messbarer Kennzahlen schwierig werde.

KA Dr. Ibold lobt die Verwaltung für ihre kreative Wortwahl im Bereich des Tourismuskonzeptes, kritisiert allerdings, dass das Konzept nur auf wirtschaftliche Interessen, Generieren von Umsätzen sowie auf Marketing abziele und dies auf Kosten der Natur gehe. Zudem vermisst er Ausführungen zum „sanften Tourismus“. Er erläutert den Antrag seiner Fraktion. Das Tourismuskonzept müsse von unten getragen werden. Dies könne jedoch nur passieren, wenn auch die jeweiligen Räte eingebunden werden. Da dies nach seinen Recherchen seitens der Stadtverwaltungen unterbleibt, bittet seine Fraktion darum, dass der Kreis diese Aufgabe übernimmt.

KA Osterwind macht deutlich, dass man bei einer Umfrage unter den Städten auch deren Antworten ernst nehmen und bewerten müsse. Es sei schwierig, dann mit einem evtl. uneinheitlichen Meinungsbild umzugehen. Jede Fraktion im Rat einer Stadt sei frei, entsprechende Initiativen im Sinne des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ergreifen. Er verweist – in Erinnerung des Projektes Erlebnis Neandertal – auf Bedenken in seiner Fraktion. Den seitens der CDU-Fraktion vorgelegten Beschlussvorschlag hält er für maßvoll.

KA Küchler bewertet eine frühestmögliche Einbindung der kreisangehörigen Städte als guten Ansatz.

KA Wedel macht deutlich, dass man die Meinung der Städte nicht ignoriere, jedoch kein Zweikammern-Parlament sei, sondern als Kreis selbständig über Kreisaufgaben entscheiden könne. Den Vorwurf des „Raubbaus an der Natur“ sieht er durch keinerlei Fakten belegt, da es sich um Marketingmaßnahmen handle. Zur Frage der Rechtsform macht er deutlich, dass sich derzeit eine privatrechtliche Organisation nicht anbiete, jedoch auch nicht für alle Zeit ausgeschlossen sei. Vorteil der derzeitigen Lösung sei u.a. die unmittelbare Möglichkeit der Einflussnahme durch den Kreistag.

Frau Haase zeigt die Historie der Einbindung der Städte auf und betont, dass die Zustimmung vom Start im Jahr 2009 bis heute immer größer geworden ist. Bei der Frage der Einbindung der Räte sieht sie die jeweiligen Stadtverwaltungen in der Pflicht.

Landrat Hendele verweist auf die Erfahrungen, die die Kreisverwaltung mit Eigenbetrieben habe und betont, dass eine solche Organisationsform für den Start nicht die beste Lösung sei. Für die Zukunft sei eine andere Rechtsform nicht ausgeschlossen. Er macht deutlich, dass heute lediglich über die Auswirkungen für das Jahr 2014 zu entscheiden ist. Zur Frage, ob die Städte hinreichend in das Konzept eingebunden sind, erinnert er daran, dass im März 2013 alle zehn Bürgermeister die Marke feierlich freigegeben haben. Dies impliziere die grundsätzliche Zustimmung zum zugrunde liegenden Tourismuskonzept.

Nach abschließender Diskussion erfolgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

**Beschluss:**

1. Der Landrat informiert die Räte der ka. Städte in geeigneter Form über die geplante neue "Organisation des Tourismusmanagements" des Kreises.
2. Der Landrat bittet die Stadträte der ka. Städte sich eine Meinung über die geplanten Maßnahmen des Kreises zu bilden, evtl. Anregungen zu geben und gegebenenfalls Kritik zu äußern.
3. Der Landrat bittet die Bürgermeister der ka. Städte, dem Kreis dieses Meinungsbild der Räte zur Verfügung zu stellen.
4. Der Fachausschuss (Wirtschaftsförderung und Tourismus) bewertet das Ergebnis aus den Städten und fasst einen Beschluss zur "Organisation des Tourismusmanagements"

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion

4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion

1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Umsetzung der ersten Stufe des Tourismusmanagements innerhalb der Kreisverwaltung Mettmann zum 01.12.2014 und beauftragt den Landrat, ein Kennzahlen- und Evaluierungssystem sowie einen Vorschlag zur Ausstattung mit Sachkosten in Form eines Marketingmaßnahmenplans für das Jahr 2015 zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig abgelehnt**

Dem schließt sich die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion an

**Beschluss:**

1. Der Kreistag beschließt die Umsetzung der ersten Stufe des Tourismusmanagements innerhalb der Kreisverwaltung Mettmann hinsichtlich der Personalausstattung zum 1.12.2014.
2. Der Landrat wird beauftragt, als Entscheidungsgrundlage für jede Ausbaustufe ein Kennzahlen- und Evaluierungssystem zu erstellen.

3. Der Landrat wird beauftragt, einen praktikablen Vorschlag zur Sachkostenausstattung in Form eines Marketingmaßnahmenplans für das Jahr 2015 zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Zu Punkt 5: Stellenplan 2014  
- Vorlage Nr. 10/010/2013**

Landrat Hendele weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt drei Anträge der SPD-Fraktion und zwei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegen. Er schlägt vor, die Anträge in der ausgelegten Reihenfolge zu beraten.

**Produktbereich 01 (Innere Verwaltung)  
Produktbereich 01**

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>								
<b>Ansatz (neu)</b>	60.000	60.000	60.000	60.000				
<b>Differenz</b>	60.000	60.000	60.000	60.000				

Die SPD-Fraktion beantragt, die Einrichtung einer Fachstelle für die Förderung von Demokratie und Toleranz. Die Fachstelle soll direkt dem Landrat unterstellt werden und das kommunale Verwaltungshandeln zum Thema und insbesondere auch zum Rechtsextremismus koordinieren und für die Vernetzung von Zivilgesellschaft und Verwaltung sorgen.

Ziel sei es, zu beraten, zu koordinieren und zu unterstützen und damit die Festigung demokratischer Werte zu erreichen. Eine demokratische Gesellschaft stelle langfristig den besten Schutz gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus dar.

**Arbeitsschwerpunkte (u.a.)**

- Unterstützung und Beratung des Landrats bei Beobachtung und Analyse fremdenfeindlicher und rechtsextremer Aktivitäten im Kreis Mettmann
- Koordination für Bündnisse für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Städten
- Beratung und Unterstützung, sowie Koordination und Steuerung der Aktivitäten der Kreisverwaltung und der Städte in der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus
- Berichterstattung an den Kreistag
- Vernetzung und Informationsaustausch mit Schulen, Volkshochschulen, Vereinen und anderen Institutionen bei deren Aktivitäten für die Förderung der Demokratie und Toleranz, sowie gegen den Rechtsextremismus
- Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen
- Verfassen von fachlichen Stellungnahmen
- Vertretung des Kreises zum Thema Rechtsextremismus auf der Ebene des Kreises und anderer Ebenen

- Transfer und Umsetzung von best-practice Beispielen für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus und Werbung für eine Strategie als best-practice (z.B. in der Stadt Hamm oder beim Schwalm-Eder-Kreis)
- Lokale Aktionspläne erstellen
- Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratungsstelle des Regierungsbezirkes in Wuppertal

Für dieses Projekt könnten Mittel des Bundes und Landes in Anspruch genommen werden (z.B. Bund „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bzw. das neu aufgelegte Programm des Landes „Integriertes Handlungskonzept“).

KA Schulte erläutert den Antrag seiner Fraktion, wobei die Tätigkeitsfelder nur beispielhaft genannt seien. Er macht auf mögliche Fördergelder des Bundes aufmerksam. Die beantragte Stelle soll möglichst als Schnittstelle angesiedelt werden.

KA Kuchler macht darauf aufmerksam, dass die Entscheidung, ob tatsächlich Fördermittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehen, erst für das Frühjahr 2014 avisiert sei.

KA Ruppert erachtet den Antrag als nicht zielführend, da er ausschließlich auf Rechtsextremismus abziele und andere Extreme, wie Linksextremismus, nicht mit einschließe.

Landrat Hendele erläutert auf Nachfrage von KA Völker, dass die im restriktiven Bereich anfallenden Aufgaben mit dem vorhandenen Personal erledigt werden können, zumal der Schwerpunkt im Bereich der Polizei liege. Die Zuständigkeit für die präventive Arbeit sieht er eher auf städtischer Ebene. Er bietet an, in einer Sitzung des Kreispolizeibeauftragten das Lagebild darzustellen und ggf. einen Vertreter des Verfassungsschutzes einzuladen. Zudem sollen die kreisangehörigen Städte nach ihren Erfahrungen und Präventionsmaßnahmen auf dem Gebiet gefragt werden. Dies könne bis Frühjahr 2014 im Rahmen einer Vorlage dargestellt werden. Erforderlich seien dabei auch Abfragen bei den Jugendämtern.

KA Völker schlägt vor, den Antrag zurückzustellen bis weitere Informationen vorliegen.

Nach abschließender Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle.

#### **Beschluss:**

Im Stellenplan 2014 wird eine zusätzliche Stelle eingerichtet.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
 6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Nein-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Nein-Stimme Landrat Hendele

**Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)**  
**Produkt 02.03.01**

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	2.191.700							
<b>Ansatz (neu)</b>	2.249.700							
<b>Differenz</b>	58.000							

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beantragt die Besetzung aller Planstellen im Ausländeramt. Das vorhandene Personal reiche nicht aus, um die Pflichten des Kreises in der Behörde zufriedenstellend zu erledigen bzw. die im Haushaltsentwurf definierten Ziele und Aufgaben ausreichend zu erfüllen. Nach Aussage der Verwaltung sei noch immer eine Stelle im Ausländeramt unbesetzt, zudem würden sich auf die Arbeit der Ausländerbehörde die hohe Fluktuation des Personals und der beachtliche Krankenstand stark auswirken. Wenn die Behörde ihre Pflichtaufgaben nicht zufriedenstellend erledigen kann, führe dies auch bei den Migranten zu beachtlichen rechtlichen und zu finanziellen Nachteilen. Daher seien die unbesetzte Stelle im Ausländeramt zu besetzen und die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Herr Hanheide erinnert an die Beantwortung einer entsprechenden Anfrage im zuständigen Fachausschuss. Die vakante Stelle basiert auf dem Stellenplan 2013. Von den beiden zusätzlich eingerichteten Stellen für die Betreuung der JVA wurde zunächst nur eine Stelle besetzt. Nun soll jedoch auch die zweite Stelle besetzt werden. Der Zeitpunkt der Besetzung sei jedoch abhängig vom Ausgang des Bewerbungsverfahrens. Die übrigen Vakanzen im Produkt (z.B. aufgrund von Krankheit) bewegen sich im Rahmen des Üblichen. Auf Nachfrage von KA Küchler macht Herr Hanheide deutlich, dass es sich um eine neu eingerichtete Stelle handelt, die demnach noch nie besetzt war.

Landrat Hendele macht deutlich, dass der Besetzung der Stelle keine formalen Hinderungsgründe entgegenstehen.

Nachdem KA Schulte deutlich macht, dass er den Antrag für gegenstandslos erachte, da es nicht um die Einrichtung einer neuen Stelle gehe, zieht KA Dr. Ibold den Antrag seiner Fraktion zurück.

**Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)**  
**Produkt 05.03.01**

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	3.917.100	3.946.300	3.983.500	4.021.100				
<b>Ansatz (neu)</b>	5.717.100	6.346.300	6.383.500	6.421.100				
<b>Differenz</b>	1.800.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000				

Die SPD-Fraktion beantragt zusätzliches Kreispersonal für das Jobcenter im Kreis Mettmann einzustellen. Die für die Berechnung der Kosten der Unterkunft zugrunde gelegte Zahl der Bedarfsgemeinschaften sollen für 2014 um 160 auf 18.925 abgesenkt werden. Im Gegenzug soll der Kreis dem Jobcenter im Kreis Mettmann zusätzliches Personal in Höhe von 40 Vollzeitäquivalenten zur Verfügung stellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten der Unterkunft:	- 800.000 €
Personaletat:	+ 1.800.000 €

Die Situation im Jobcenter ME-Aktiv sei inakzeptabel. Die Politik im Kreis Mettmann müsse sich entscheiden, ob sie die Kunden des Jobcenters und auch seine Beschäftigten im Stich lassen wolle oder ob sie bereit sei, zu handeln.

Die Personalausstattung im Jobcenter sei als unerträglich einzustufen. Aktuell würden im Vergleich zu den gesetzlich festgelegten Standards rechnerisch 40 Stellen fehlen. Gleichzeitig könne 2014 nicht einmal die jetzt vorhandene unzureichende Personalausstattung aus dem Verwaltungsetat des Jobcenters finanziert werden. Aus diesem Grund müssten 4,1 Mio. Euro aus dem Eingliederungstitel entnommen werden. Dieses Geld sei eigentlich für Eingliederungsmaßnahmen für die Kunden des Jobcenters, also für die arbeitslosen Menschen im Kreis, vorgesehen. Mit dieser Umschichtung entziehen wir den Arbeitslosen Geld für sinnvolle Fördermaßnahmen, nur um die riesigen Löcher bei der Personalfinanzierung zumindest teilweise zu stopfen. Es sei unstrittig, dass für die Misere die unzureichenden Bundeszuschüsse und die falschen Personalpraktiken der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg verantwortlich seien.

Die Folgen seien deutlich zu spüren: Aktuell seien 25% der Beschäftigten des Jobcenters 30 und mehr Tage im Jahr krank, ein horrender Wert. Ausscheidendes Personal werde mit Befristet-Beschäftigten der Bundesanstalt ersetzt ohne reale Chance auf eine spätere Festanstellung. Daraus resultierten hohe Personalfuktuation, unendliche Ketten von Qualifizierungsmaßnahmen, die der eigentlichen Aufgabenerfüllung weitere Ressourcen entziehen, demotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In den Leistungsvergleichen zu anderen Jobcentern schneide das Jobcenter im Kreis regelmäßig sehr schlecht ab: Letzte oder zweit- oder drittletzte Plätze im Ranking seien nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Dies bedeute, dass die arbeitslosen Kunden im Jobcenter ME-aktiv auch nicht die Unterstützung bekommen, wie sie in anderen Kommunen selbstverständlich sind. So wundere es nicht, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis nicht sinke, sondern steige. Die Kreisverwaltung lege deshalb für die Berechnung der Kosten der Unterkunft für 2014 19.085 Bedarfsgemeinschaften zugrunde, eine Steigerung von 865 gegenüber der Vorjahresplanung.

Studien würden belegen, dass ausreichend vorhandenes und gut geschultes Personal der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sei. Deshalb sei es für die SPD an der Zeit, die Personalausstattung des Jobcenters im Kreis auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe zu heben.

Für die erforderlichen 40 Vollzeitstellen seien rechnerisch ca. 2,4 Mio. Euro pro Jahr erforderlich. Gleichzeitig könne jedoch vorausgesetzt werden, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (2014 = 19.085) bei einem Einsatz von mehr Personal sinke. Hiervon würde auch der Kreis Mettmann unmittelbar profitieren, da er die Kosten der Unterkunft für die Bedarfsgemeinschaften finanziert. Hierfür seien im Jahr 2014 95,5 Mio. € vorgesehen; die durchschnittlichen Unterkunfts-kosten pro Bedarfsgemeinschaft betragen somit 417 € pro Jahr. Hieraus ergebe sich, dass im Kreis lediglich eine Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um ca. 480 erreicht werden müsste, um die die erhöhten Personalaufwendungen des Kreises vollständig zu refinanzieren. Dies sei mit dem Zuwachs an Personal erreichbar.

Da die Besetzung der Stellen nicht gleich von Beginn an im Jahr erfolgen könne, sollen für 2014 9 Monate angesetzt werden, dies entspreche 1,8 Mio. Euro zusätzliche Personalkosten. Im Gegenzug sei eine Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 160 realistisch, da die verbesserte Betreuung der Arbeitslosen erst mit einer gewissen Verzögerung greifen werde; dies bedeute eine Verminderung der Aufwendungen um ca. 800.000 Euro. Für 2015 geht die SPD-Fraktion davon aus, dass sich die 2,4 Mio. Euro zusätzliche Personalkosten komplett über die Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften refinanzieren lassen. Für die Folgejahre werde sogar mit Einsparungen für den Kreishaushalt gerechnet, sodass sich die zusätzlichen Nettoaufwendungen für den Kreis auf das Jahr 2014 beschränken und sich in den Folgejahren amortisieren.

Sollten sich zukünftig die Personalzuschüsse des Bundes für das Jobcenter im Kreis verbessern, würden sich die Personalzuschüsse des Kreises in analoger Weise vermindern.

KA Schnitzler erläutert den Antrag seiner Fraktion und verweist auf die schwierige Situation im Jobcenter ME-aktiv. Man müsse als Kreistag die strategische Frage beantworten, ob man lediglich zahlen oder eine aktivere Gestaltungsrolle einnehmen wolle. Seine Fraktion ist überzeugt, dass sich der Personaleinsatz rechnen würde.

KA Küchler stimmt den Aussagen zum Jobcenter grundsätzlich zu, hält jedoch die Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften kurzfristig für nicht wahrscheinlich.

KA Dr. Ibold macht mit Verweis auf das Langfelder Modellprojekt deutlich, dass mehr Personal durchaus zu höheren Vermittlungsquoten führe. Er sieht jedoch nicht, dass der Erfolg so schnell eintritt, wie im Antrag der SPD-Fraktion unterstellt und spricht sich dafür aus, vor einer Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften zunächst den Vermittlungserfolg abzuwarten.

Landrat Hendele macht darauf aufmerksam, dass bei einer Anzahl von 40 zusätzlichen Stellen das Benehmensverfahren zum Haushalt 2014 neu gestartet werden müsse. Er schlägt vor, das Problem an die Bundesagentur für Arbeit heranzutragen. Da der Kreis keine Optionskommune sei, trägt er lediglich 15,2 % der Personalkosten. Den Antrag der SPD-Fraktion bewertet er insgesamt als nicht zielführend.

**Beschluss:**

Im Stellenplan 2014 werden vierzig zusätzliche Stellen eingerichtet.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
 6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Nein-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Nein-Stimme Landrat Hendele

**Produktbereich 13 (Natur- und Landschaftspflege)  
 Produkt 13.02.01**

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	879.300	886.800	895.000	903.300				
<b>Ansatz (neu)</b>	999.300	1.006.800	1.015.000	1.023.300				
<b>Differenz</b>	120.000	120.000	120.000	120.000				

In Zeile 16 im Produkt 13.02.01 werde erläutert, dass die geplante Vergabe an Externe zur Fortschreibung des Landschaftsplanes gescheitert sei und dass deshalb mehr eigenes Personal für diese Aufgabe eingesetzt werden solle. Dies finde sich allerdings nicht in Zeile 11 wieder. Deshalb beantragt die SPD-Fraktion für diese Aufgabe die Einrichtung zwei zusätzlicher Stellen, die auch entsprechend im Stellenplan zu berücksichtigen seien.

Herr Haase teilt mit, dass die Erledigung mittels externer Unterstützung nicht geglückt sei. Für 2014 sei daher eine interne Neuaufrstellung geplant. Dadurch, sowie durch maßvolle Anpassung der Standards, sollte eine Beschleunigung der Arbeiten erreicht werden können. Sollte dies nicht ausreichend sein, müsste im Jahr 2014 über eine aus Sachkosten zu finanzierenden, nicht stellenplanrelevante zusätzliche Unterstützung nachgedacht werden, um dann mit

Blick auf den Stellenplan 2015 zu entscheiden, wie man sich langfristig aufstellen muss. Er macht deutlich, dass die Bearbeitung von Einzelverfahren sichergestellt sei.

KA Hoffmann erinnert daran, dass es sich beim Landschaftsplan um eine gesetzliche Pflichtaufgabe des Kreises handele. Eine dauerhafte Lösung sei nur mit Hilfe von Fachpersonal zu erreichen, ansonsten werde das Problem lediglich verschoben.

KA Völker signalisiert Bereitschaft, eine zusätzliche Stelle einzurichten, soweit dies seitens der Verwaltung als zielführend erachtet wird. Mindestens für 2015 sollte eine zusätzliche Stelle vorgesehen werden. Falls bereits im Laufe des Jahres 2014 drängender Bedarf erkennbar sei, müsse ggf. über einen Nachtragsstellenplan nachgedacht werden.

Landrat Hendele sichert zu, eine Stelle mit dem Aufgabenbereich „Landschaftsplanung“ kurzfristig extern auszuschreiben. Mit der Aussicht auf eine anschließende Übernahme sollte die Besetzung mittels Zeitarbeitsvertrag kein Problem werden. Damit wäre diese Stelle in 2014 nicht stellenplanrelevant. Er sagt zu, zu diesem Thema im Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung zu berichten.

### **Beschluss:**

Im Stellenplan 2014 werden zwei zusätzliche Stellen eingerichtet.

### **Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich abgelehnt**

6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

### **Produktbereich 14 (Umweltschutz)**

#### **Produkt 14.02.01**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜENN beantragt, nach dem Wechsel des bisherigen Stelleninhabers zum Jahresende 2013 zu den Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH die Stabsstelle 71 – Koordination Klimaschutz und Erneuerbare Energien – zur dringenden Wahrnehmung der Aufgaben unverzüglich in entsprechendem Stellenumfang nachzubesetzen.

Herr Hanheide erläutert, dass momentan verschiedene Förderszenarien geprüft würden.

Landrat Hendele macht deutlich, dass die Besetzung von Stellen in seine Organisationshoheit fällt. Er versichert, dass die Stelle nicht aufgelöst wird und sagt eine baldige Ausschreibung nach Auswertung der Fördermöglichkeiten zu.

Daraufhin zieht KA Dr. Ibold den Antrag seiner Fraktion zurück.

KA Schulte und KA Dr. Ibold begründen, warum ihre Fraktionen dem Stellenplan nicht zustimmen werden.

KA Völker begrüßt die Bemühungen der Verwaltung, mit den vorhandenen Stellen und dem Personalkostenbudget auszukommen, als beachtliche Leistung.

Nach abschließender Diskussion erfolgt die Abstimmung über folgenden

## **Beschluss:**

Der Stellenplan 2014 (Teil A und B in den Anlagen 5 und 6) wird beschlossen

## **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Personalkostenbewirtschaftung</b> <b>- Budgetentwicklung 2011 - 2014</b> <b>- Vorlage Nr. 01/020/2013</b>
--------------------	--

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

## **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt für das Haushaltsjahr 2014 einen Netto-Personalkostenansatz i.H.v. 59,605 Mio. €.

## **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

<b>Zu Punkt 7:</b>	<b>Haushalt 2014</b>  <b>1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014</b> <b>a) Gesamtergebnisplan</b> <b>b) Gesamtfinanzplan</b>  <b>2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014</b> <b>- Vorlage Nr. 20/039/2013</b>
--------------------	---

Landrat Hendele erläutert das Verfahren der anstehenden Haushaltsplanberatungen und schlägt vor, zunächst über alle vorliegenden Veränderungsanträge zu beraten, die sich aus der Umsetzung des eben empfohlenen Stellenplans 2014 ergeben. Dem stimmen die Mitglieder zu.

Auf Nachfrage von KA Schulte zu Ziffer II der Veränderungsanträge (Einsparung einer Sachbearbeiterstelle allgemeine Verwaltung), erläutert Landrat Hendele, dass es sich dabei um eine Sammelposition einer Stelle handele, die sich eigentlich in zahlreichen Produkten wiederfinde.

Frau Haase erläutert zur Einsparung eines technischen Sachbearbeiters, dass bestehende Strukturen gestrafft werden könnten.

KA Schulte freut sich über die Erkenntnis, dass bei Einrichtung zusätzlicher Stellen auch das Personalkostenbudget aufgestockt werden muss.

KA Wedel bewertet die Kompensation der Mehrstellen aus dem Gesamthaushalt als gutes Ergebnis.

KA Dr. Ibold sieht sich in den Bedenken seiner Fraktion bestätigt, dass der Personalkostendeckel nicht halte und zu Arbeitsverdichtung geführt habe.

Anschließend erfolgten zunächst die Abstimmungen über alle Veränderungsanträge aufgrund des Stellenplans 2014

Produkt 01.06.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer I der Tischvorlage)**

Seite 232 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 234 Zeile 10 im Finanzplan

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung der Kennzahlen um zwei zusätzliche Vollzeitäquivalente / Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen.

In der Kooperation mit der Stadt Mettmann wurde bisher ein Mitarbeiter durch die Stadt abgeordnet. Diese Vereinbarung solle nach Ausscheiden des Stelleninhabers nicht fortgesetzt werden. Die Stelle soll zukünftig im Stellenplan des Kreises bei Refinanzierung durch die Stadt geführt werden. Die im Rahmen der Kooperation mit der Stadt Wülfrath vorzuhaltende Stelle, die bisher mit einem Beamten der Stadt Wülfrath besetzt war, ist vakant. Sollte es der Stadt Wülfrath nicht gelingen, diese Stelle mit dortigem Personal zu besetzen, wird das Personal vom Kreis gestellt. Der Personalaufwand wird in diesem Fall durch die Stadt Wülfrath zu erstattet. Die Auswirkungen auf Zeile 11 des Teilergebnisplans und Zeile 10 des Teilfinanzplans sind bereits im Haushaltsentwurf berücksichtigt.

Es müssten lediglich die Kennzahlen Vollzeitäquivalent u. Planstellen angepasst werden.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.07.04

**Antrag der Verwaltung (Ziffer II der Tischvorlage)**

Seite 264 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 266 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	4.262.000	3.243.000	3.016.900	3.025.200	2.261.600	2.042.700	1.816.600	1.824.900
<b>Ansatz (neu)</b>	4.200.000	3.181.000	2.954.900	2.963.200	2.199.600	1.980.700	1.754.600	1.762.900
<b>Differenz</b>	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000

Die Verwaltung beantragt die Einsparung eines Vollzeitäquivalents/ einer Planstellen.  
Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung einer Sachbearbeiterstelle in der allgemeinen Verwaltung.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.09.02

**Antrag der Verwaltung (Ziffer III der Tischvorlage)**

Seite 288 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 290 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	635.200	640.800	646.400	652.000	596.000	601.600	607.200	612.800
<b>Ansatz (neu)</b>	689.000	694.600	700.200	705.800	649.800	655.400	661.000	666.600
<b>Differenz</b>	53.800	53.800	53.800	53.800	53.800	53.800	53.800	53.800

Die Verwaltung beantragt die Einrichtung eines Vollzeitäquivalents/ einer Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Die gesetzlichen Anforderungen an die Sachaufklärung bei Zwangsvollstreckungen sind gestiegen. Dieser Aufwand erfordert eine zusätzliche halbe Stelle. Eine weitere halbe Stelle ist als Folge der unter 5 beschriebenen gestiegenen Fallzahlen im Bereich der Bußgeldstelle erforderlich.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer IV der Tischvorlage)**

Seite 320 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 322 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	434.300	438.100	441.900	445.700	376.600	380.400	384.200	388.000
<b>Ansatz (neu)</b>	430.700	434.500	438.300	442.100	373.000	376.800	380.600	384.400
<b>Differenz</b>	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600

Die Verwaltung beantragt die Einsparung von 0,05 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.02

**Antrag der Verwaltung (Ziffer V der Tischvorlage)**

Seite 328 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 330 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	581.200	563.100	568.500	574.000	618.800	624.200	629.600	635.100
<b>Ansatz (neu)</b>	570.400	552.300	557.700	563.200	608.000	613.400	618.800	624.300
<b>Differenz</b>	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800

Die Verwaltung beantragt die Einsparung von 0,15 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer VI der Tischvorlage)**

Seite 338 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 340 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	179.600	181.100	182.800	184.500	172.500	174.200	175.900	177.600
<b>Ansatz (neu)</b>	172.400	173.900	175.600	177.300	165.300	167.000	168.700	170.400
<b>Differenz</b>	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200

Die Verwaltung beantragt die Einsparung von 0,1 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.04

**Antrag der Verwaltung (Ziffer VII der Tischvorlage)**

Seite 346 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 348 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	450.100	425.600	429.700	433.800	422.900	427.000	431.100	435.200
<b>Ansatz (neu)</b>	439.300	414.800	418.900	423.000	412.100	416.200	420.300	424.400
<b>Differenz</b>	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800

Die Verwaltung beantragt die Einsparung von 0,15 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.05

**Antrag der Verwaltung (Ziffer VIII der Tischvorlage)**

Seite 356 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 358 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	453.600	457.800	462.300	466.800	442.200	446.600	451.100	455.600
<b>Ansatz (neu)</b>	442.800	447.000	451.500	456.000	431.400	435.800	440.300	444.800
<b>Differenz</b>	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800

Die Verwaltung beantragt die Einsparung von 0,15 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.06

**Antrag der Verwaltung (Ziffer IX der Tischvorlage)**

Seite 366 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 368 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	120.000	120.900	122.000	123.100	112.900	114.000	115.100	116.200
<b>Ansatz (neu)</b>	112.800	113.700	114.800	115.900	105.700	106.800	107.900	109.000
<b>Differenz</b>	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200

Die Verwaltung beantragt die Einsparung von 0,1 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.07

**Antrag der Verwaltung (Ziffer X der Tischvorlage)**

Seite 374 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 376 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	145.700	146.900	148.300	149.700	138.800	140.200	141.600	143.000
<b>Ansatz (neu)</b>	134.900	136.100	137.500	138.900	128.000	129.400	130.800	132.200
<b>Differenz</b>	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800	-10.800

Die Verwaltung beantragt - die Einsparung von 0,15 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.16.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XI der Tischvorlage)**

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung der Kennzahlen um ein zusätzliches Vollzeitäquivalent / eine zusätzliche Planstelle.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Für die technische Internetbetreuung ist zunächst eine Kraft im Zeitvertrag eingestellt worden. Die Aufgabe ist jedoch eine dauerhafte, so dass zur Ablösung des Zeitvertrages eine Planstelle zur Verfügung gestellt werden muss.

Die Auswirkungen auf Zeile 11 des Teilergebnisplans und Zeile 10 des Teilfinanzplans sind bereits im Haushaltsentwurf berücksichtigt. Es müssen lediglich die Kennzahlen Vollzeitäquivalent u. Planstellen angepasst werden.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 02.02.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XII der Tischvorlage)**

Seite 448 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 450 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	913.700	921.900	930.200	938.500	816.000	824.200	832.500	840.800
<b>Ansatz (neu)</b>	1.058.500	1.066.700	1.075.000	1.083.300	930.800	939.000	947.300	955.600
<b>Differenz</b>	144.800	144.800	144.800	144.800	144.800	144.800	144.800	144.800

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um3,0 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Aufgrund des Verkehrssicherheitskonzeptes der Kreispolizeibehörde und der Autobahnpolizei hat sich die Anzahl der Bußgeldverfahren erheblich erhöht. Um die Verfahren fristgerecht abzuarbeiten, ist ein Personalmehrbedarf von drei Stellen erforderlich. Diese teilen sich in Sachbearbeiter-Stellen im mittleren und gehobenen Dienst auf.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 03.05.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XIII der Tischvorlage)**

Seite 688 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 690 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	209.200	201.500	212.200	213.900	169.300	171.000	172.700	174.400
<b>Ansatz (neu)</b>	166.200	167.500	169.200	170.900	126.300	128.000	129.700	131.400
<b>Differenz</b>	-43.000	-43.000	-43.000	-43.000	-43.000	-43.000	-43.000	-43.000

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung um 0,6 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Verlagerung der Aufgabe Unterhaltssicherung zum Bund.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 05.01.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer Ziffer XIV der Tischvorlage)**

Seite 744 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 746 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	312.500	309.900	312.700	315.500	284.100	286.900	289.700	292.500
<b>Ansatz (neu)</b>	375.100	372.500	375.300	378.100	346.700	349.500	352.300	355.100
<b>Differenz</b>	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 1,0 Vollzeitäquivalent/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem Bericht festgestellt, dass die ermittelte durchschnittliche Fallzahl im Kreis Mettmann deutlich über dem Durchschnitt anderer Kreise liegt. Die Arbeitsbelastung im Bereich bestätigt diese Erhebung. Zur ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung wird daher eine zusätzliche Stelle beantragt.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 05.02.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XV der Tischvorlage)**

Seite 760 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 762 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	669.200	672.100	677.800	683.600	580.000	585.700	591.400	597.200
<b>Ansatz (neu)</b>	731.800	734.700	740.400	746.200	642.600	648.300	654.000	659.800
<b>Differenz</b>	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600	62.600

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 1,0 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Nach einer Feststellung der Gemeindeprüfungsanstalt liegt die ermittelte durchschnittliche Fallzahl des Kreises Mettmann deutlich über dem Durchschnitt anderer Kreise. Diese Situation schlägt sich auch in der Bearbeitung nieder, so dass eine Verstärkung zur korrekten Aufgabenerledigung zwingend erforderlich ist.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 05.02.05

**Antrag der Verwaltung (Ziffer Ziffer XVI der Tischvorlage)**

Seite 776 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 778 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	190.800	192.000	193.500	195.000	150.900	152.400	153.900	155.400
<b>Ansatz (neu)</b>	225.700	226.900	228.400	229.900	185.800	187.300	188.800	190.300
<b>Differenz</b>	34.900	34.900	34.900	34.900	34.900	34.900	34.900	34.900

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 0,5 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Innenrevision im Sozialamt. Die Ausübung der Fachaufsicht gegenüber den kreisangehörigen Städten erzeugt einen Aufwand, der mit dem bisherigen Personalbestand nicht vollständig wahrgenommen werden kann.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 05.06.04

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XVII der Tischvorlage)**

Seite 880 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 882 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	534.000	539.200	544.500	549.800	526.900	532.100	537.400	542.700
<b>Ansatz (neu)</b>	398.000	403.200	408.500	413.800	390.900	396.100	401.400	406.700
<b>Differenz</b>	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000	-136.000

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung um 3,0 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Es handelt sich um Stellen der gemeinsamen Kindertagesstätte Kirchdeller Weg mit der Stadt Mettmann.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 06.02.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XVIII der Tischvorlage)**

Seite 912 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 914 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	245.000	247.000	249.000	251.100	203.400	205.400	207.400	209.500
<b>Ansatz (neu)</b>	352.600	354.600	356.600	358.700	311.000	313.000	315.000	317.100
<b>Differenz</b>	107.600	107.600	107.600	107.600	107.600	107.600	107.600	107.600

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 2,0 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Zum 01.08.2013 ist die Gewährung von Betreuungsgeld dem Kreis übertragen worden. Es gibt eine Aufwandsermittlung der kommunalen Spitzenverbände. Die dort zu Grunde gelegten Daten führen bezogen auf den Kreis Mettmann zu einem erforderlichen Stellenvolumen von 2,0 Stellen.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 07.01.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XIX der Tischvorlage)**

Seite 928 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 930 Zeile 10 im Finanzplan

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung der Kennzahlen um ein zusätzliches Vollzeitäquivalent / eine zusätzliche Planstelle.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Die Aufgabe wurde bisher in Kooperation mit der Sporthochschule Köln erbracht und folglich aus Sachmitteln bezahlt. Die Vertragskonditionen führen zu einer erheblich höheren Belastung des Etats als die Anstellung der Mitarbeiterin.

Die Auswirkungen auf Zeile 11 des Teilergebnisplans und Zeile 10 des Teilfinanzplans sind bereits im Haushaltsentwurf berücksichtigt. Es müssen lediglich die Kennzahlen Vollzeitäquivalent u. Planstellen angepasst werden.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 07.02.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XX der Tischvorlage)**

Seite 952 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 954 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	973.700	674.700	984.400	994.100	953.700	963.200	972.900	982.600
<b>Ansatz (neu)</b>	1.085.700	1.086.700	1.096.400	1.106.100	1.065.700	1.075.200	1.084.900	1.094.600
<b>Differenz</b>	112.000	112.000	112.000	112.000	112.000	112.000	112.000	112.000

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 2,0 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Die Änderungsverordnung zur Trinkwasserverordnung hat eine erhebliche Ausweitung der Untersuchungspflichten von sog. Einzelversorgungsanlagen (Hausbrunnen) zur Folge. Diese Aufgabe kann nur durch den Einsatz zusätzlicher Hygienekontrolleure bewältigt werden.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 10.01.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXI der Tischvorlage)**

Seite 1048 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 1050 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	36.600	36.800	37.000	37.300	29.400	29.600	29.800	30.100
<b>Ansatz (neu)</b>	33.000	33.200	33.400	33.700	25.800	26.000	26.200	26.500
<b>Differenz</b>	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung um 0,05 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 10.03.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXII der Tischvorlage)**

Seite 1072 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 1074 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	6.700	6.800	6.900	7.000	6.400	6.500	6.600	6.700
<b>Ansatz (neu)</b>	3.100	3.200	3.300	3.400	2.800	2.900	3.000	3.100
<b>Differenz</b>	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung um 0,05 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 12.01.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXIII der Tischvorlage)**

Seite 1126 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 1128 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	1.047.200	1.056.900	1.067.000	1.077.200	1.062.100	1.072.100	1.082.200	1.092.400
<b>Ansatz (neu)</b>	1.202.200	1.211.900	1.222.000	1.232.200	1.217.100	1.227.100	1.237.200	1.247.400
<b>Differenz</b>	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 2,0 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Der Bereich Tiefbau ist langfristig mit dem Bau von Brücken und Kreisverkehren in einem Umfang befasst, der mit dem aktuellen Personalbestand nicht geleistet werden kann (z.B. Osttangente, Kreisverkehr K 16 und Brückensanierungen).

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 14.01.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXIV der Tischvorlage)**

Seite 1188 Zeile 6 und 11 im Ergebnisplan

Seite 1190 Zeile 6 und 10 im Finanzplan

Zeile 6

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000	76.000
<b>Ansatz (neu)</b>	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000
<b>Differenz</b>	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000

Zeile 11 bzw. 10

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	743.400	748.400	755.700	763.100	800.400	807.700	815.000	822.400
<b>Ansatz (neu)</b>	806.400	811.400	818.700	826.100	863.400	870.700	878.000	885.400
<b>Differenz</b>	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 0,9 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Ein durch das Land im Rahmen der Aufgabenverlagerung eingesetzter Mitarbeiter beendet seinen Dienst. Eine Nachbesetzung durch das Land erfolgt nicht, so dass das Personal durch den Kreis, bei Refinanzierung des Landes, eingesetzt werden muss. Die Stelle findet in diesem Produkt zu 90 % Geltung, die restlichen 10 % werden dem Produkt 14.01.02 zugeordnet.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 14.01.02

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXV der Tischvorlage)**

Seite 1196 Zeile 6 und 11 im Ergebnisplan

Seite 1198 Zeile 6 und 10 im Finanzplan

Zeile 6

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	24.500	24.500	24.500	24.500	24.500	24.500	24.500	24.500
<b>Ansatz (neu)</b>	31.500	31.500	31.500	31.500	31.500	31.500	31.500	31.500
<b>Differenz</b>	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000

Zeile 11 bzw. 10

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	412.000	415.600	419.400	423.300	384.600	388.400	392.200	396.100
<b>Ansatz (neu)</b>	419.000	422.600	426.400	430.300	391.600	395.400	399.200	403.100
<b>Differenz</b>	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 0,1 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Ein durch das Land im Rahmen der Aufgabenverlagerung eingesetzter Mitarbeiter beendet seinen Dienst. Eine Nachbesetzung durch das Land erfolgt nicht, so dass das Personal durch den Kreis, bei Refinanzierung des Landes, eingesetzt werden muss. Die Stelle findet in diesem Produkt zu 10 % Geltung, die restlichen 90 % werden dem Produkt 14.01.01 zugeordnet.

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 15.03.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXVI der Tischvorlage)**

Seite 1252 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 1254 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	14.800	14.900	15.000	15.100	12.400	12.500	12.600	12.700
<b>Ansatz (neu)</b>	11.200	11.300	11.400	11.500	8.800	8.900	9.000	9.100
<b>Differenz</b>	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung um 0,05 Vollzeitäquivalenten/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Einsparung eines technischen Sachbearbeiters (verteilt über 10 Produkte).

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 15.04.01

**Antrag der Verwaltung (Ziffer XXVII der Tischvorlage)**

Seite 1260 Zeile 6 und 11 im Ergebnisplan

Seite 1262 Zeile 6 und 10 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	221.000	223.200	225.400	227.600	216.400	218.600	220.800	223.000
<b>Ansatz (neu)</b>	233.500	240.000	360.000	360.000	228.900	240.000	360.000	360.000
<b>Differenz</b>	12.500	16.800	134.600	132.400	12.500	21.400	139.200	137.000

*Nachrichtlich (vgl. gesonderter Veränderungsantrag): Zeile 6 Ergebnisplan bzw. Zeile 6 Finanzplan (Kostenerstattungen, -umlagen)*

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	81.300	81.300	81.300	81.300	81.300	81.300	81.300	81.300
<b>Ansatz (neu)</b>	81.300	12.000	20.000	30.000	81.300	12.000	20.000	30.000
<b>Differenz</b>	0	-69.300	-61.300	-51.300	0	-69.300	-61.300	-51.300

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung um 2,5 Vollzeitäquivalente/ Planstellen.

Zur Begründung wird auf die Vorlage 10/010/2013 Stellenplan 2014 verwiesen. Die Landesförderung läuft im November 2014 aus, eine Fortführung der guten Arbeit im Bereich Tourismus erfordert die Bereitstellung von Stellen. Aus dem im Fachausschuss noch zu beratendem Gutachten ergibt sich in der ersten Stufe ein zusätzlicher Bedarf von 2,5 Stellen.

**Der Antrag wird**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Beratung der restlichen Haushaltsveränderungsanträge.

Produkt 01.02.02

**Antrag der CDU-Fraktion (Ziffer 1 der Tischvorlage)**

Seite 176 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	24.000	12.000	12.000	12.000				
<b>Ansatz (neu)</b>	25.000	12.000	12.000	12.000				
<b>Differenz</b>	1.000	0	0	0				

Die CDU-Fraktion beantragt die Neuauflage der Broschüre "Ihr Geld - unsere Leistungen". Die Broschüre „Ihr Geld – unsere Leistungen“ wurde im Jahr 2006 veröffentlicht und sei zwi-

schenzeitlich veraltet. Da dieses Werk einen abgerundeten Überblick über die Aufgaben und Leistungen des Kreises gebe, wird eine Neuauflage beantragt.

KA Völker erläutert den Antrag seiner Fraktion und macht deutlich, dass die Broschüre seinerzeit hervorragend angekommen sei.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass im Jahr 2006 bei einer Auflage von 5.000 Stück Kosten von über 10.000 € entstanden sind. Für eine Neuauflage schein ein Ansatz von ca. 8.000 € erforderlich.

KA Völker bittet darum, mit den vorgeschlagenen 1.000 € auszukommen.

Auf Bitte von KA Kuchler sichert Landrat Hendele zu, dass eine neue Broschüre – genauso wie die aus dem Jahr 2006 – in das Internetangebot des Kreises eingestellt werde.

KA Osterwind beantragt im Namen der Fraktion UWG-ME die Vertagung des Antrages ins nächste Jahr, nachdem der Mittelbedarf geklärt und im Rahmen einer Vorlage dargelegt wurde.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion UWG-ME.

#### **Beschluss:**

Der Veränderungsantrag wird bis zu den Haushaltsplanberatungen 2015 zurückgestellt. Bis dahin wird der Finanzbedarf seitens der Verwaltung ermittelt und im Rahmen einer Vorlage an den Kreisausschuss dargestellt.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend wird der Antrag der CDU-Fraktion **mehrheitlich angenommen.**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

#### Produkt 01.04.01

#### **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Ziffer 2 der Tischvorlage)**

Seite 192 Zeile 11 im Ergebnisplan

Die Fraktion DIE LINKE. bittet um Erläuterung der Prognose warum im Haushaltsplanentwurf 2013 von einer Personalauszahlung in Höhe von 363.600 € ausgegangen wurde und im Haushaltsplanentwurf 2014 diese Summe auf 318.600 € reduziert wurde.

Antwort der Verwaltung:

Landrat Hendele und Herr Haase machen deutlich, dass es im Bereich des Personalrates bzw. der Schwerbehindertenvertretung keine Stellenkürzungen gegeben habe. Die Reduzierung der Personalkosten resultiere aus der neuen Zusammensetzung des Personalrates nach der Wahl im Jahr 2012.

Produkt 01.05.01

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 3 der Tischvorlage)**

Seite 208 im Ergebnisplan

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, den Ist-Zustand des Fuhrparks der Kreisverwaltung hinsichtlich der umwelttechnologischen Entwicklung zu bewerten, um ökologisch verträgliche und wirtschaftlich tragbare Daten zur Optimierung bzw. Modernisierung des Fuhrparks zu erhalten. Dies soll unter Rückgriff auf das vom LVR genutzte Analysetool zur Bewertung verschiedener Fahrzeugantriebe erfolgen.

Der Kreis Mettmann solle hinsichtlich der Ausstattung seines Fuhrparks mit energiefreundlichen Fahrzeugen mit positivem Beispiel voran gehen. Zur Umsetzung sei in einem ersten Schritt der Ist-Zustand des vorhandenen Fuhrparks mit ökologischen und ökonomischen Kriterien zu bewerten. Dazu soll das vorhandene Analysetool des LVR zur Begutachtung seiner Fahrzeugflotte eingesetzt werden. Hier sollen Basisdaten (Fahrleistung, Fahrgebiet, Fahrprofil, Fahrzeugkategorie), weitere Angaben (Tankstellendichte, Fahrzeuglebensdauer, Ökostrom, Kostensatz CO2) und Bewertungskriterien (Fixkosten, Betriebskosten, Zusatzkosten, Luftverschmutzung, Klimaschäden) erhoben werden, um ökonomische und ökologische Kosten nach Fahrzeugantrieb zu erhalten. Diese Erhebung soll die Grundlage der Modernisierung des Kreis-Fuhrparks bilden.

KA Dr. Ibold erläutert den Antrag seiner Fraktion und verweist auf das beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) eingesetzte Analysetool.

KA Schulte bewertet den Ansatz als grundsätzlich gut, den Antrag jedoch als nicht haushaltsrelevant.

Herr Haase erläutert anhand der als **Anlage 7** beigefügten Ausführungen die Zusammensetzung und Organisation des Fuhrparks sowie das Ergebnis der Rückfragen beim LVR zum Analysetool. Über das Ergebnis der Erfahrungen beim LVR wird nach Abschluss der dortigen Pilotphase im Kreisausschuss berichtet.

Aufgrund dieser Ausführungen zieht KA Dr. Ibold den Antrag seiner Fraktion zurück.

Produkt 01.07.04

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 4 der Tischvorlage)**

Seite 264 Zeile 7 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	0							
<b>Ansatz (neu)</b>	200.000							
<b>Differenz</b>	200.000							

Die Verwaltung beantragt die Erhöhung der Erträge aus der Auflösung von Pensions- und Überstundenrückstellungen um 200.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Die Verwaltung wird im kommenden Haushaltsjahr Maßnahmen zur gezielten Reduzierung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen einleiten. Hierdurch werden zusätzliche Erträge in oben genannter Höhe erzielt.

Landrat Hendele erläutert die Hintergründe der Reduzierung von Rückstellungen und weist darauf hin, dass im Jahr 2013 die Dienststellen der Kreisverwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen sind. Gleiches ist auch für das Jahr 2014 vorgesehen.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

Produkt 01.13.02

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 5 der Tischvorlage)**

Seite 328 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	1.207.700							
<b>Ansatz (neu)</b>	1.187.700							
<b>Differenz</b>	-20.000							

Die Verwaltung beantragt eine Reduzierung des Aufwandes für Elektroarbeiten im Zusammenhang mit dem Umbau der Kantine 4 um 20.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Nach aktueller Kostenschätzung werden für den Umbau der Kantine 4 in Krisenstabsräume und für eine funktionsfähige Ertüchtigung der Restkantine aus dem Haushalt 2014 von dem Ansatz von 33.000 € nur noch 13.000 € für Elektroarbeiten/Prüfung der Unterverteilung benötigt. 20.000 € könnten deshalb eingespart werden.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 6 der Tischvorlage)**

Seite 330 Zeile 25 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>					4.271.200	2.552.550	324.250	1.100.000
<b>Ansatz (neu)</b>					1.700.000	4.600.000	3.070.060	1.100.000
<b>Differenz</b>					-2.571.200	+2.047.450	+2.745.810	0

Die Verwaltung beantragt die Verschiebung der Mittel für den Ergänzungsneubau des Verwaltungsgebäudes 2 innerhalb des Finanzplanungszeitraums.

Der Kreisausschuss hat am 15.07.2013 folgenden Beschluss gefasst:

„Satz 1 in Ziffer 2 des Beschlusses des Kreisausschusses vom 22.03.2013 zur Vorlagen Nr. 23/023/2011/1 „Die Gesamtkosten für die Maßnahme werden auf 11 Mio. Euro beschränkt.“ wird – sobald die Entwurfsplanung vorliegt – aufgehoben und der Kostendeckel neu festgesetzt.

Durch den eingereichten Nachprüfantrag bei der Vergabekammer der Bezirksregierung Düsseldorf konnte bislang kein Generalplaner beauftragt werden. Die rechtzeitige Vorlage der Entwurfsplanung zu den Haushaltsberatungen 2014 ff. ist aus diesem Grund nicht möglich.

Durch die bereits eingetretenen Zeitverluste im laufenden Jahr 2013 verändert sich die geplante Bauzeit, sodass auch die Mittelabflüsse und somit auch die Höhe der Ansätze im laufenden und in den kommenden Haushaltsjahren nicht mehr den voraussichtlichen Abläufen entsprechen.

Unter Berücksichtigung des Kreisausschussbeschlusses vom 15.07.2013 werden die Ansätze deshalb innerhalb des Kostendeckels von 11 Mio. € für die kommenden Haushaltsjahre angepasst. Bereits bekannte Kostenerhöhungen bleiben hier unberücksichtigt.

Von dem fortgeschriebenen Ansatz in 2013 in Höhe von 2.407.760 € werden voraussichtlich 150.000 € in 2013 kassenwirksam werden. Die restlichen Mittel werden nicht übertragen, sondern in den Folgejahren neu veranschlagt.

Im Jahr 2014 werden zunächst wesentlich weniger Mittel benötigt. Voraussichtlich wird die Hauptbauphase in 2015 und 2016 liegen. Die Mittel in 2015 wurden dementsprechend angepasst. Ab 2016 werden die ausgewiesenen Mittel nicht ausreichen.

Die Ansätze sind im Zuge der Haushaltsplanberatung für 2015 ff., nach Vorlage der Entwurfsplanung, anzupassen bzw. zu erhöhen.

Auf Einwand von KA Dr. Ibold erläutern Landrat Hendele und Herr Richter, dass es sich – als Ergebnis der vorliegenden Vergabebeschwerde – lediglich um eine Verschiebung der Mittel unter Berücksichtigung des beschlossenen Kostendeckels handelt.

**Der Antrag wird:** **mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.04

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 7 der Tischvorlage)**

Seite 348 Zeile 25 im Finanzplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>					2.025.000	230.000	0	0
<b>Ansatz (neu)</b>					105.000	230.000	0	0
<b>Differenz</b>					-1.920.000	0	0	0

Die Verwaltung beantragt, die Streichung des Ansatzes für die Errichtung einer Mensa am Berufskolleg Niederberg in Höhe von 1.920.000 €.

Der Kreisausschuss hat in der Sitzung am 02.12.2013 beschlossen, die Planung zur Errichtung einer Mensa am Berufskolleg Niederberg aufzugeben und das bereits eingeleitete Vergabeverfahren hinsichtlich der Vergabe der Bauleistung zur Errichtung der Mensa an einen Generalunternehmer aufzuheben. Der Ansatz für 2014 in Höhe von 1.920.000 € wird daher nicht benötigt.

Hinweis:

*Für das Produkt 03.01.04 wird ein gleichlautender Antrag hinsichtlich der für die Einrichtung der Mensa eingeplanten Mittel gestellt.*

KA Köster-Flashar erinnert an die grundsätzliche Haltung ihrer Fraktion zum Mensabau. Ihrer Auffassung nach sollte am Bau festgehalten werden.

**Der Antrag wird:** **mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 01.13.07

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 8 der Tischvorlage)**

Seite 374 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	147.750							
<b>Ansatz (neu)</b>	137.750							
<b>Differenz</b>	-10.000							

Die Verwaltung beantragt eine Reduzierung des Ansatzes für die bauliche Unterhaltung für Kindergärten um 10.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Durch den Bezug des neuen Kindergartens in Mettmann und Aufgabe des alten Kindergartens in Heiligenhaus sowie bei nochmaliger Überprüfung der Ansätze, ist es vertretbar, den Ansatz für die bauliche Unterhaltung für die Kindergärten um 10.000 € zu reduzieren.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

**Anschließend wird der Produktbereich 01**

**mehrheitlich angenommen.**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen SDP-Fraktion

2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 02.02.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 9 der Tischvorlage)**

Seite 448, Zeile 7 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	5.840.000							
<b>Ansatz (neu)</b>	5.940.000							
<b>Differenz</b>	100.000							

Die Verwaltung beantragt eine Ansatzerhöhung bei Erträgen aus Bußgeldverfahren um 100.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Fallzahlen bei den Bußgeldverfahren ist im kommenden Haushaltsjahr mit Mehrerträgen in oben genannter Höhe zu rechnen.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

**Anschließend wird der Produktbereich 02**

**mehrheitlich angenommen.**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion

2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 03.01.04

**Antrag der SPD-Fraktion (Ziffer 10 der Tischvorlage)**

Seite 600, Zeile 16 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	137.250							
<b>Ansatz (neu)</b>	157.250							
<b>Differenz</b>	20.000							

Die SPD-Fraktion beantragt Mittel in Höhe von 20.000 € für die Planung zur Ertüchtigung der Cafeteria am Berufskolleg Niederberg einzustellen.

KA Schulte erläutert den Antrag seiner Fraktion und macht deutlich, dass nach Aufgabe des Vergabeverfahrens zum Bau einer Mensa der Bedarf an Verpflegung nicht entfallen sei.

KA Wedel erinnert an den Wunsch seiner Fraktion, eine solche Lösung zu prüfen, bittet jedoch um Einrichtung eines Sperrvermerks über die Summe vom 20.000 €.

Nachdem Frau Haase deutlich macht, dass die Prüfung einer Ertüchtigung der Cafeteria auch ausdrücklicher Wunsch des Berufskollegs ist und es sich bei den beantragten Mitteln um reine Planungskosten handelt, zieht KA Wedel den Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung eines Sperrvermerkes zurück.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

Hinweis:

*Im Laufe der Diskussionen wird deutlich, dass die Mittel besser im Produkt 01.13.04 eingestellt werden sollten. Der Kreisausschuss stimmt einer Verschiebung der Mittel vom Produkt 03.01.04 hinzu zu 01.13.04 einstimmig zu.*

## Produkt 03.01.04

### Antrag der Verwaltung (Ziffer 11 der Tischvorlage)

Seite 600, Zeile 14 und 16 im Ergebnisplan

Seite 602, Zeile 15 und 26 im Finanzplan

Zeile 14 Ergebnisplan (Bilanzielle Abschreibungen):

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	82.400	113.350	107.900	113.550				
<b>Ansatz (neu)</b>	62.900	64.350	68.900	74.550				
<b>Differenz</b>	-19.500	-49.000	-39.000	-39.000				

Zeile 16 Ergebnisplan bzw. Zeile 15 Finanzplan (Sonstige ordentl. Aufwendungen / Sonstige Auszahlungen):

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	137.250	116.550	125.250	115.850	137.250	116.550	125.250	115.850
<b>Ansatz (neu)</b>	122.250	116.550	125.250	115.850	122.250	116.550	125.250	115.850
<b>Differenz</b>	-15.000	0	0	0	-15.000	0	0	0

Zeile 26 Finanzplan (Erwerb bewegl. Anlagevermögen):

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>					474.500	94.500	84.500	84.500
<b>Ansatz (neu)</b>					84.500	84.500	84.500	84.500
<b>Differenz</b>					-390.000	-10.000	0	0

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung des Ansatzes um die Einrichtung in einer Mensa am Berufskolleg Niederberg.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 02.12.2013 beschlossen, die Planung zur Errichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg aufzugeben und das bereits eingeleitete Vergabeverfahren hinsichtlich der Vergabe der Bauleistung zur Errichtung der Mensa an einen Generalunternehmer aufzuheben.

Die für den Haushalt 2014 und 2015 in o.g. Produkt eingeplanten Mittel für die Einrichtung der Mensa inkl. Gestaltung der Außenanlage (TFP, Zeile 26) sowie die in 2014 eingeplanten Mittel für die Beratung des Kreises Mettmann bei der Vergabe der Betriebsführung der Mensa an ein Catering-Unternehmen (TEP, Zeile 16 und TFP, Zeile 15) werden daher nicht benötigt werden. Der Abschreibungsaufwand (TEP, Zeile 14) reduziert sich ebenfalls entsprechend.

#### Hinweis:

*Für das Produkt 01.13.04 wird ein gleichlautender Antrag hinsichtlich der für den Bau der Mensa eingeplanten Mittel gestellt.*

**Der Antrag wird: mehrheitlich angenommen**  
 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE:  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 03.02.06

Landrat Hendele verweist auf eine aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur noch offen gebliebene Frage zur Auskömmlichkeit des Ansatzes und zum Hintergrund der Ansatzreduzierung in Zeile 28.

Herr Richter erläutert, dass die Ursache in der Anwendung der fortgeschrittenen Kosten- und Leistungsrechnung im Amt für Informationstechnik liegt. Die Berechnungsmethode der Prozesskostenrechnung wurde für das Jahr 2014 erstmals angewandt. Alle Ansätze seien auskömmlich kalkuliert.

Produkt 03.03.02

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 12 der Tischvorlage)**  
 Seite 672, Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	330.000							
<b>Ansatz (neu)</b>	320.000							
<b>Differenz</b>	-10.000							

Die Verwaltung beantragt eine Reduzierung des Zuschusses an die Stiftung Hephata um 10.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Die Einsparung ist möglich, da die Zuwendungssumme für das Jahr 2014 geringer ausfällt als ursprünglich veranschlagt. Die Höhe der Zuwendung basiert u.a. auf der Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Hans-Helmich-Schule, für die eine Zuwendung gewährt wird. Die Anzahl dieser ergibt sich aus der amtlichen Schulstatistik zum 01.10.. Nach Auswertung der Statistik des Jahres 2013 und Berechnung der Zuwendungssumme können 10.000 € zur Einsparung angeboten werden.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

**Anschließend wird der Produktbereich 03****mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS  
 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 04.01.01**Antrag der SPD-Fraktion (Ziffer 13 der Tischvorlage)**

Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	68.600		68.600					
<b>Ansatz (neu)</b>	77.000		77.000					
<b>Differenz</b>	8.400		8.400					

Die SPD-Fraktion beantragt für eine Kreiskunstaussstellung 8.400 € zu veranschlagen.

Die Kreiskunstaussstellung habe großen Zulauf, erfreue sich sowohl bei Künstlern und Publikum großer Beliebtheit und habe eine ebenso große Außenwirkung für den Kreis Mettmann. Sie biete nicht nur den Künstlern im Kreis eine Ausstellungsmöglichkeit, sondern sei image- und identitätsbildend für den Kreis. Die Ausstellung soll in Regie des Kreises durchgeführt werden.

**Antrag der Fraktion-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 14 der Tischvorlage)**

Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	68.600		68.600					
<b>Ansatz (neu)</b>	77.000		77.000					
<b>Differenz</b>	8.400		8.400					

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt für eine Kreiskunstaussstellung 8.400 € zu veranschlagen.

Auf Beschluss des Kreisausschusses vom 16.06.2012 finde die Kreiskunstaussstellung nicht mehr statt. Sie habe sich jedoch sowohl bei den teilnehmenden Künstlerinnen und Künstlern als auch beim Publikum großer Beliebtheit erfreut. So habe der stellv. Landrat allein 380 Besucherinnen und Besucher zur Eröffnung der letzten Ausstellung in 2012 begrüßen können. Die Kreiskunstaussstellung wirke positiv auf die Binnenidentität, stärke die Außenwirkung des Kreises, bringe Mehrwert für die ka. Städte und motiviere die Künstlerinnen und Künstler nachhaltig. Der Einspareffekt mit ca.8.400 € sei kaum messbar, eine Verknüpfung mit anderen Veranstaltungen im Neanderland wäre sinnvoll, um die Werbemaßnahmen zu bündeln und Synergien erzielen zu können.

Landrat Hendele schlägt vor, die beiden inhaltlich gleichen Anträge zusammen zu beraten.

KA Völker erinnert an die im Ausschuss für Schule und Kultur geführte Diskussion und beantragt gemeinsam mit der FDP-Fraktion, neben der Bereitstellung von 8.400 € eine Ertragsposition in gleicher Höhe einzustellen. Dort sollen Sponsorengelder vereinnahmt werden.

KA Ruppert erscheint es durchaus realistisch, Sponsorengelder in dieser Höhe zu generieren.

KA Köster-Flashar möchte für ihre Fraktion sicherstellen, dass eine Kreiskunstaussstellung unabhängig von Sponsorengeldern stattfinden wird.

Dies unterstützt KA Schule ausdrücklich. Er sei zwar optimistisch, Sponsorengelder zu bekommen, wahrscheinlich jedoch erst im Nachgang einer Ausstellung.

Landrat Hendele sichert die Durchführung einer Kreiskunstaussstellung zu.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über die Anträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lediglich in Zeile 13 zusätzliche Mittel in Höhe von 8.400 € bereitzustellen.

**Diese Anträge werden:      mehrheitlich abgelehnt**  
6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Daraufhin erfolgt die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, den Ansatz in Zeile 13 um 8.400 € auf 77.000 € und gleichzeitig den Ansatz in Zeile 2 von 650 € auf 9.050 € zu erhöhen.

**Dieser Antrag wird: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung der SPD-Fraktion sowie 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Antrag der Fraktion-DIE LINKE. (Ziffer 15 der Tischvorlage)**

Seite 704 Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	8.600							
<b>Ansatz (neu)</b>	9.100							
<b>Differenz</b>	500							

Die Fraktion-DIE LINKE. beantragt, dass die Kreisverwaltung anhand der Kampagnenmaterialien über die Hintergründe, Ziele und Anliegen der Internationalen Wochen gegen Rassismus informiert und hierfür 500 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Die Internationalen Woche gegen Rassismus 2014 finden vom 10.-23. März statt. Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus veröffentlicht der Interkulturelle Rat regelmäßig umfangreiches Kampagnenmaterial. Dieses kann in gedruckter Form – teilweise gegen geringfügige Gebühren - bei der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates bestellt werden.

Materialien wie Plakate sollten in den Eingangsbereichen der Verwaltungsgebäude ausgehängt werden und Flyer sowie Postkarten zur Mitnahme ausgelegt werden. So ließe sich mit einem minimalen Kostenaufwand ein Informationsbeitrag leisten.

KA Kuchler erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Landrat Hendele sagt zu, das Material zu sichten und die Kampagne ggf. aus Bordmitteln zu begleiten.

KA Kuchler bittet um eine Einschätzung der Verwaltung nach Sichtung der Materialien und zieht den Antrag ihrer Fraktion zurück.

**Anschließend wird der Produktbereich 04**

**mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 05.03.01

**Antrag der SPD-Fraktion (Ziffer 16 der Tischvorlage)**

Seite 784, Zeile 11 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	98.396.600	99.446.600	100.506.600	101.576.600				
<b>Ansatz (neu)</b>	97.596.600	97.046.600	97.106.600	97.176.600				
<b>Differenz</b>	-800.000	-2.400.000	-3.400.000	-4.400.000				

Die SPD-Fraktion beantragt die Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 160 auf 18.925 und damit verbunden die Reduzierung des entsprechenden Ansatzes um 800.000 €. Im Gegenzug soll der Kreis dem Jobcenter im Kreis Mettmann zusätzliches Personal in Höhe von 40 Vollzeitäquivalenten zur Verfügung stellen.

Finanzielle Auswirkungen:

- Kosten der Unterkunft: - 800.000 €
- Personaletat: + 1.800.000 €

Die Situation im Jobcenter ME-Aktiv sei inakzeptabel. Die Politik im Kreis Mettmann müsse sich entscheiden, ob sie die Kunden des Jobcenters und auch seine Beschäftigten im Stich lassen will oder ob sie bereit sei, zu handeln.

Die Personalausstattung im Jobcenter sei als unerträglich einzustufen. Aktuell fehlten im Vergleich zu den gesetzlich festgelegten Standards rechnerisch 40 Stellen. Gleichzeitig könne 2014 nicht einmal die jetzt vorhandene unzureichende Personalausstattung aus dem Verwaltungsetat des Jobcenters finanziert werden. Aus diesem Grund müssten 4,1 Mio. Euro aus dem Eingliederungstitel entnommen werden. Dieses Geld sei eigentlich für Eingliederungsmaßnahmen für die Kunden des Jobcenters, also für die arbeitslosen Menschen im Kreis, vorgesehen. Mit dieser Umschichtung würde den Arbeitslosen Geld für sinnvolle Fördermaß-

nahmen entzogen, nur um die riesigen Löcher bei der Personalfinanzierung zumindest teilweise zu stopfen. Es sei unstrittig, dass für die Misere die unzureichenden Bundeszuschüsse und die falschen Personalpraktiken der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg verantwortlich sind.

Die Folgen seien deutlich zu spüren: Aktuell seien 25% der Beschäftigten des Jobcenters 30 und mehr Tage im Jahr krank, ein horrender Wert. Ausscheidendes Personal werde mit Befristet-Beschäftigten der Bundesanstalt ersetzt ohne reale Chance auf eine spätere Festanstellung. Daraus resultierten hohe Personalfuktuation, unendliche Ketten von Qualifizierungsmaßnahmen, die der eigentlichen Aufgabenerfüllung weitere Ressourcen entzögen, demotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In den Leistungsvergleichen zu anderen Jobcentern schneide das Jobcenter im Kreis regelmäßig sehr schlecht ab: Letzte oder zweit- oder drittletzte Plätze im Ranking seien nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Dies bedeute, dass die arbeitslosen Kunden im Jobcenter ME-aktiv auch nicht die Unterstützung bekommen, wie sie in anderen Kommunen selbstverständlich seien. So wundere es nicht, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis nicht sinke, sondern steige. Die Kreisverwaltung lege deshalb für die Berechnung der Kosten der Unterkunft für 2014 19.085 Bedarfsgemeinschaften zugrunde, eine Steigerung von 865 gegenüber der Vorjahresplanung.

Studien belegten, dass ausreichend vorhandenes und gut geschultes Personal der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist. Deshalb sei es für die SPD-Fraktion an der Zeit, die Personalausstattung des Jobcenters im Kreis auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe zu heben.

Für die erforderlichen 40 Vollzeitstellen seien rechnerisch ca. 2,4 Mio. € pro Jahr erforderlich. Gleichzeitig könne jedoch vorausgesetzt werden, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (2014 = 19.085) bei einem Einsatz von mehr Personal sinke. Hiervon würde auch der Kreis Mettmann unmittelbar profitieren, da er die Kosten der Unterkunft für die Bedarfsgemeinschaften finanziere. Hierfür seien im Jahr 2014 95,5 Mio. € vorgesehen; die durchschnittlichen Unterkunftskosten pro Bedarfsgemeinschaft würden somit 417 € pro Jahr betragen. Hieraus ergebe sich, dass im Kreis lediglich eine Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um ca. 480 erreicht werden müsse, um die die erhöhten Personalaufwendungen des Kreises vollständig zu refinanzieren. Dies sei mit dem Zuwachs an Personal erreichbar.

Da die Besetzung der Stellen nicht gleich von Beginn an im Jahr erfolgen könne, würden für 2014 9 Monate angesetzt, dies entspreche 1,8 Mio. € zusätzliche Personalkosten. Im Gegenzug sei eine Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 160 realistisch, da die verbesserte Betreuung der Arbeitslosen erst mit einer gewissen Verzögerung greifen werde; dies bedeute eine Verminderung der Aufwendungen um ca. 800.000 Euro. Für 2015 geht die SPD-Fraktion davon aus, dass sich die 2,4 Mio. € zusätzliche Personalkosten komplett über die Absenkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften refinanzieren lassen. Für die Folgejahre werde sogar mit Einsparungen für den Kreishaushalt gerechnet, sodass sich die zusätzlichen Nettoaufwendungen für den Kreis auf das Jahr 2014 beschränkten und sich in den Folgejahren amortisierten.

Sollten sich zukünftig die Personalzuschüsse des Bundes für das Jobcenter im Kreis verbessern, verminderten sich die Personalzuschüsse des Kreises in analoger Weise.

**Der Antrag wird:**     **mehrheitlich abgelehnt**  
6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 17 der Tischvorlage)**

Seite 816, Zeile 16 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	144.500							
<b>Ansatz (neu)</b>	154.500							
<b>Differenz</b>	10.000							

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Bereitstellung von 10.000 € für die Konzepterstellung für die Koordination und Präventionsarbeit gegen neonazistische Tendenzen im Kreis Mettmann.

Der Kreis Mettmann sei in den vergangenen Jahren zunehmend Treffpunkt für neonazistische Gruppierungen geworden. Wie die Demonstrationen und Veranstaltungen in jüngster Zeit gezeigt hätten, wollten viele Bürgerinnen und Bürger dieser schleichenden Gefahr von rechts nicht tatenlos zusehen, sondern öffentliche Zeichen setzen.

Präventionsarbeit sei ein wichtiger Beitrag, um rechten Tendenzen wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. In den kreisangehörigen Städten würden Aktionen und Projekte gegen Gewalt und neonazistisches Gedankengut von unterschiedlichen Akteuren und Gruppierungen initiiert.

Durch eine Moderation und Vernetzung dieser meist präventiven Angebote auf Kreisebene würden diese eine neue Gewichtung erhalten und mehr Menschen erreichen.

Zusätzlich solle im Kreis für Akteure im Bildungs- und Integrationsbereich die Möglichkeit geschaffen werden, Informationen, Ansprechpartner, etc. aus dem Kreisgebiet abrufen zu können.

Es sei von der Verwaltung zu prüfen, ob es sinnvoll ist, diese Aufgaben im Bereich Integration anzusiedeln.

KA Köster-Flashar erläutert den Antrag ihrer Fraktion und sieht die Möglichkeit der Moderation durch den Kreis. Bei ihrer Fraktion stünde die präventive Arbeit im Vordergrund.

KA Völker sieht in dieser Angelegenheit die Städte in der Pflicht.

**Der Antrag wird:** **mehrheitlich abgelehnt**  
6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

**Anschließend wird der Produktbereich 06**

**mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS  
 90/DIE GRÜNEN  
 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Der Produktbereich 07 wird einstimmig genehmigt**

Produkt 07.01.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 18 der Tischvorlage)**

Seite 944, Zeile 6, 11 und 15 im Ergebnisplan

Zeile 6

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	44.400	44.400	44.400	44.400				
<b>Ansatz (neu)</b>	144.400	144.400	144.400	44.400				
<b>Differenz</b>	100.000	100.000	100.000	0				

Zeile 11

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	1.317.100	1.302.500	1.315.100	1.327.800	1.243.500	1.256.000	1.268.600	1.281.300
<b>Ansatz (neu)</b>	1.397.100	1.382.500	1.395.100	1.327.800	1.323.500	1.336.000	1.348.600	1.281.300
<b>Differenz</b>	80.000	80.000	80.000	-	80.000	80.000	80.000	-

Zeile 15

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	2.327.750	2.327.750	2.327.750	2.327.750				
<b>Ansatz (neu)</b>	2.347.750	2.347.750	2.347.750	2.327.750				
<b>Differenz</b>	20.000	20.000	20.000	-				

Der Kreis Mettmann hat sich erfolgreich um Projektmittel zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiative „Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in NRW“ beworben. Ziel ist u.a. die Schaffung eines Kinder- und Jugendpsychiatrischen Verbundes, durch den kreisweit transparente und verbindliche Strukturen und Angebote zur nachhaltigen Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien geschaffen und weiterentwickelt werden sollen.

Von der geplanten Landeszuweisung für den Zeitraum 01.01.2014 – 31.12.2016 in Höhe von 300.000 € (100.000 € pro Jahr) sollen jährlich 20.000 € an einen Kooperationspartner weitergeleitet werden.

Die restlichen Fördergelder in Höhe von jährlich 80.000 € sollen als Personalerträge vereinbart und für die Personalaufwendungen (Projektkoordination, Verwaltung, Beratungskapazitäten einer Fachkraft) eingesetzt werden. Für den zusätzlichen Personalaufwand sind also Personalkostenerstattungen in gleicher Höhe geplant, so dass sich am Personalkostenbudget (vgl. Vorlage 01/020/2013) keine Änderungen ergeben.

Auf Nachfrage von KA Schnitzler erläutert Frau Haase Hintergründe des Veränderungsantrages.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

**Anschließend wird der Produktbereich 07 einstimmig angenommen**

Produkt 08.01.01

**Antrag der FDP-Fraktion (Ziffer 19 der Tischvorlage)**

Seite 984, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	75.500							
<b>Ansatz (neu)</b>	70.500							
<b>Differenz</b>	-5.000							

Da der neanderland-Cup nicht vor 2015 durchgeführt wird und demnach im Jahr 2014 nur Planungsmittel benötigt werden, beantragt die FDP-Fraktion, den Ansatz um 5.000 € zu reduzieren.

Frau Haase berichtet aus der letzten Sitzung des Arbeitskreises Runder Tisch des Sports und merkt an, dass in 2014 zur Vorbereitung des Cups einige Planungsmittel benötigt werden.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**Anschließend wird der Produktbereich 08 einstimmig angenommen**

Produkt 09.02.03

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 20 der Tischvorlage)**

Seite 1024, Zeile 4 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	36.000							
<b>Ansatz (neu)</b>	51.000							
<b>Differenz</b>	15.000							

Die Verwaltung beantragt eine Erhöhung des Ansatzes für Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten um 15.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Die aktuelle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2013 und die anhaltende gute Auftragslage macht eine Erhöhung des Haushaltsansatzes für 2014 bei den Gebührenerträgen für die Erstellung von Gutachten um 15.000 € möglich.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen.**

Produkt 09.02.04

**Antrag der Verwaltung (Ziffer 21 der Tischvorlage)**

Seite 1032, Zeile 4 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	615.000							
<b>Ansatz (neu)</b>	640.000							
<b>Differenz</b>	25.000							

Die Verwaltung beantragt eine Erhöhung des Ansatzes für Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten um 25.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Auf Grund der bereits im laufenden Haushaltsjahr 2013 positiven Entwicklung der Bautätigkeit im Kreisgebiet und das kontinuierlich erhöhte Antragsaufkommen für die Übernahme von Vermessungsschriften sowie für die Erteilung von Katasterausügen kann der Haushaltsansatz 2014 für die Gebührenerträge um 25.000 € erhöht werden.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

**Anschließend wird der Produktbereich 09 einstimmig angenommen**

**Der Produktbereich 10 wird einstimmig angenommen**

### Produkt 11.01.01

Mit Bezug auf eine offen gebliebene Frage aus der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung teilt Herr Hanheide mit, dass es sich um keine Erhöhung der Stellenanteile im Amt, sondern lediglich um eine Verschiebung von Vollzeit-äquivalenten handele. Hintergrund sei die Fortschreibung der produktorientierten Betrachtung.

**Der Produktbereich 11 wird einstimmig angenommen**

### Produkt 12.01.01

#### **Antrag der Verwaltung (Ziffer 22 der Tischvorlage)**

Seite 1126 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	1.297.750							
<b>Ansatz (neu)</b>	1.277.750							
<b>Differenz</b>	-20.000							

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung des Ansatzes für Brückeninstandsetzungen um 20.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Die Reduzierung des Ansatzes für Brückeninstandsetzungen ist möglich, da nicht ausgeschöpfte Mittel aus 2013 in Höhe von 20.000 € im Rahmen von Ermächtigungsübertragungen nach 2014 übertragen werden sollen. Dadurch kann der Ansatz in 2014 um diese Summe vermindert werden.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen**

**Der Produktbereich 12 wird einstimmig angenommen**

### Produkt 13.01.01

#### **Antrag der Verwaltung (Ziffer 23 der Tischvorlage)**

Seite 1156 Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	431.250							
<b>Ansatz (neu)</b>	401.250							
<b>Differenz</b>	-30.000							

Die Verwaltung beantragt eine Reduzierung des Ansatzes für Naherholungseinrichtungen um 30.000 €.

Durch den Stellenplan 2014 wird das Nettopersonalbudget um 430.000 € angehoben. Die Verwaltung hat zugesagt, durch Verbesserungen bei anderen Haushaltspositionen diese Anpassung zu kompensieren. Die zusätzliche finanzielle Belastung wird durch Ansatzreduzierungen und Mehrerträge, bei diesem und anderen Produkten, für die Änderungsanträge der Verwaltung in diesem Ausschuss vorgelegt werden, aufgefangen. Es ergeben sich somit daraus keine Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Nach Aktualisierung der Planung wurde festgestellt, dass in 2014 lediglich Maßnahmen in Höhe von 70.000 € umgesetzt werden können. Der Ansatz kann somit um 30.000 € reduziert werden.

Auf Nachfrage von KA Köster-Flashar erläutert Frau Haase, dass es sich um Mittel für den Reitwegbau handele.

**Der Antrag wird:    wird einstimmig angenommen**

#### Produkt 13.01.02

Unter Bezug auf die aus der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung offen gebliebene Frage, welcher Mitteleinsatz erforderlich ist, um die Fortschreibung des Landschaftsplanes umsetzen zu können, verweist Herr Haase auf die Ausführungen zum Stellenplan 2014. Für eine zusätzliche Stelle sei mit Personalkosten in Höhe von ca. 65.000 € zu rechnen.

#### Produkt 13.02.01

##### **Antrag der SPD-Fraktion (Ziffer 24 der Tischvorlage)**

Seite 1173, Zeile 16 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	108.700	138.700	138.700	138.700				
<b>Ansatz (neu)</b>	110.700	140.700	140.700	140.700				
<b>Differenz</b>	2.000	2.000	2.000	2.000				

Die SPD-Fraktion beantragt die Auslobung eines „Umweltschutzpreises“. Dafür sollen im Haushalt 2014 ff je 2.000 € bereitgestellt werden. Die Verwaltung soll beauftragt werden, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

KA Ruppert erinnert daran, dass die CDU-Fraktion im Rahmen der Interfraktionellen Runde den Antrag zur Auslobung eines Ehrenamtspreises des Kreises Mettmann zurückgezogen hat.

KA B. Hoffmann weist darauf hin, dass es auf Kreisebene keinerlei Preise im Umweltbereich gebe.

KA Völker verweist auf die hohe Dichte an Preisen im Kreisgebiet auf städtischer Ebene. Nachdem man sich entschieden haben, auf einen ehrenamtspreis des Kreises zu verzichten, sollte nicht in einzelnen Bereichen doch Preise ausgelobt werden.

KA Dr. Ibold begrüßt zwar die grundsätzliche Idee, würde die finanziellen Mittel jedoch lieber für konkrete Projekte veranschlagen.

**Der Antrag wird:      mehrheitlich abgelehnt**  
6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Summe Fraktion DIE LINKE.  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

**Anschließend wird der Produktbereich 13      mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE:  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Der Produktbereich 14 wird      einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**Der Produktbereich 15 wird      mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE:  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

#### Produktbereich 16

#### **Antrag der Fraktion UWG-ME (Ziffer 25 der Tischvorlage)**

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Aufnahme eines Konnexitätsberichtes in den Haushaltsplanentwurf ab 2015.

Das Konnexitätsprinzip sei zwar in den letzten Jahren in gesetzliche Rahmenbedingungen aufgenommen worden, gleichwohl hätte der kommunale Haushalt in seiner Transparenzpflicht offenzulegen, ob der Aufwand, den die Kommunen zu leisten haben auch tatsächlich vom verursachenden Gesetzgeber (Land oder Bund oder EU) angemessen ausgeglichen wird.

Die Fraktion UWG-ME regt daher an: „Ab dem Haushalt 2015 wird dem Haushaltsentwurf - z.B. analog zum Beteiligungsbericht – ein Bericht eingefügt, welcher die Kompensationsmittel für die durch den Gesetzgeber ausgelösten Auftragserfüllungen in Beziehung zu den tatsächlichen Aufwendungen setzt.“

Selbstverständlich solle der Aufwand der Kostenrechnung in einem angemessenen Verhältnis zur Funktion einer summarischen Übersicht stehen.

KA Osterwind erläutert den Antrag seiner Fraktion. Zwar seien keine Haushaltsmittel erforderlich, dennoch sollte der Kreistag einen solchen Bericht einfordern. Er legt jedoch Wert darauf, dass es sich um kein zu detailliertes Zahlenwerk handeln soll.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag. Nach Auffassung von AK Wedel macht dies deutlich, wie sinnvoll und wichtig eine Vollkostenrechnung sei.

KA Schulte macht deutlich, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich keine Einwände gegen einen solchen Bericht hat. Er müsse jedoch praktikabel und nutzbar sein. Eine Entscheidung heute hält er für entbehrlich, zumal Form und Umfang des Berichtes noch völlig unklar sei.

KA Völker hält es für sinnvoll, einen solchen Antrag bereits jetzt auf den Weg zu bringen.

Landrat Hendele schlägt vor, für die nächste Sitzung des Kreisausschusses eine Vorlage mit entsprechendem Beschlussvorschlag einzubringen, der diese Thematik aufgreift.

KA Wedel bittet dann um eine Präzisierung und nur um Aufnahme der Fälle, die eine politische Relevanz haben und bei es denen noch eine Rechtsposition zu wahren gilt.

**Die Mitglieder des Kreisausschusses beschließen einstimmig, entsprechend zu verfahren.**

#### Produktbereich 16

#### **Antrag der Fraktion UWG-ME (Ziffer 26 der Tischvorlage)**

Die Fraktion UWG-ME beantragt, die Fortentwicklung des kennzahlengestützten Zielsystems und kritisiert, dass der Beschluss des Kreisausschusses vom 10.12.2012 nicht ausgeführt wurde. Der Kreisausschuss solle diesen Antrag nunmehr für das Haushaltsjahr 2015 beschließen. Mit der Wahl des neuen Kreistages sei somit die Möglichkeit gegeben, dass der neue Kreistag selber an der Entwicklung eines effizienten Steuerungssystems mitwirken könnte.

Landrat Hendele stellt fest, dass es sich um eine berechtigte Rüge handle und entschuldigt sich bei der Fraktion UWG-ME. Im Ausschuss für Informationstechnologie sei zwar ein vollständiges Kennzahlengerüst vorgelegt worden, auch in anderen Ausschüssen sei die Wahl der Kennzahlen positiv hervor gestellt worden. Landrat Hendele sichert zu, den Beschluss für das Jahr 2015 umzusetzen.

**Angesichts dieser Zusicherung zieht KA Osterwind den Antrag seiner Fraktion zurück.**

## Produkt 16.01.01

### **Antrag der Verwaltung (Ziffer 27 der Tischvorlage)**

Seite 1276, Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Planansatz (alt)</b>	148.319.600							
<b>Ansatz (neu)</b>	147.141.300							
<b>Differenz</b>	-1.178.300							

Die Verwaltung beantragt die Reduzierung der Aufwendungen für die Landschaftsumlage sowie die Etatisierung einer Bedarfsumlage.

Für die Änderung des Planansatzes lägen zwei Gründe vor:

Auf Grund der landesweit gestiegenen Umlagegrundlagen nach der aktuellen 2. Modellrechnung des Landes zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 wird nach Beschluss des Fachausschusses und des Landschaftsausschusses des Landschaftsverbandes (LVR) der Hebesatz der Landschaftsumlage für das Jahr 2014 von 16,65 % auf 16,3734% reduziert. Die Landschaftsversammlung tagt jedoch erst am 16.12.2013. Bei der Haushaltsplanaufstellung 2014 des Kreises wurde für die Landschaftsumlage zunächst ein unveränderter Hebesatz von 16,65 % zu Grunde gelegt. Durch die Reduzierung des Hebesatzes auf 16,3734 % ergibt sich vorerst ein Minderaufwand in Höhe von 2.346.900 €.

Allerdings beabsichtigt der LVR auf Grund des am 28.11.2013 verabschiedeten Einheitslastenabrechnungsgesetzes des Landes (ELAG) und der damit verbundenen, nicht durch Rückstellungen gedeckten Rückzahlungsbeträge für die Jahre 2009 bis 2011 (vorläufig) von der Möglichkeit der Erhebung einer Bedarfsumlage in 2014 (§10a ELAG) bei seinen Mitgliedskörperschaften Gebrauch zu machen. Der Hebesatz hierfür wurde nach ersten Berechnungen des LVR mit 0,1266 % der Bedarfsumlagegrundlagen 2014 kalkuliert. Die vom Kreis Mettmann zu zahlende Bedarfsumlage beträgt demnach 1.168.600 €.

Insgesamt ergibt sich somit letztendlich ein Minderaufwand gegenüber der ursprünglichen Planung von 1.178.300 €. Durch die Beschlussfassung der Landschaftsversammlung sowie die endgültige Abrechnung aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz für das Jahr 2011 können sich noch Änderungen ergeben.

**Der Antrag wird: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## Produkt 16.01.02

### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 28 der Tischvorlage)**

Seite 1268, Zeile 19 im Ergebnisplan

Seite 1270, Zeile 8 im Finanzplan

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass die Kreisverwaltung Mettmann keine weiteren Aktien ankaufen wird.

Die rapide sinkenden Erwartungen der Dividenden- und Kurserträge aus dem Kauf der RWE-Aktien unterstreiche erneut, wie riskant und spekulativ der Aktienerwerb sei und welches hohe Finanzrisiko vom Kreis eingegangen worden sei. Die deutliche Aktienwertberichtigung im Jah-

resabschluss 2012 des Kreises und die weiter einbrechenden Dividendenerwartungen in 2013 wiesen drastisch sinkende Einnahmen für den Kreis aus.

Der aktuell massive Kursverfall der RWE-Aktien würde bei Realisierung zu einem deutlichen Defizit der Aktieninvestition führen. Diese aktuelle Entwicklung der zudem im Rahmen der neuen Anforderungen der Energiewende und dem gleichzeitigen Festhalten des RWE an Kohlekraftwerken auch umweltpolitisch äußerst bedenklichen RWE-Aktien belege wiederholt, dass der Kreis beim damaligen Kauf schlecht beraten war und unter dem gesetztem Zeitdruck in einer Eilentscheidung überhastet und falsch reagiert habe.

Der Kreis solle entsprechende Konsequenzen daraus ziehen und künftig keine Aktien mehr erwerben.

Landrat Hendele und Herr Richter erinnern an die Diskussionen im Kreisausschuss aus dem Jahr 2011 und machen deutlich, dass für den Fall, dass ein Erwerb von Aktien geplant sei, der Kreistag die Entscheidung zu treffen habe. Die Entscheidung über die Anlagestrategie falle jedoch als Geschäft der laufenden Verwaltung in den Zuständigkeitsbereich des Landrates.

**Angesichts dieser Ausführungen zieht KA Dr. Ibold den Antrag einer Fraktion zurück.**

**Anschließend wird der Produktbereich 16** **mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE:  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Der Produktbereich 17 wird einstimmig angenommen**

Abschließend erfolgen die Abstimmungen für

1. den Gesamtergebnisplan
2. den Gesamtfinanzplan
3. die Haushaltssatzung

## **1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014** **a) Gesamtergebnisplan**

### **Beschluss:**

Die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014 übernommen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE:  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

## 2. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014 b) Gesamtfinanzplan

### Beschluss:

Die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014 übernommen.

**Abstimmungsergebnis:           mehrheitlich angenommen**  
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE:  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

## 3. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2014

### Beschluss:

Aufgrund der §§ 53 ff der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 01.10.2013 (GV NRW S. 564), und der §§ 77 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 01.10.2013 (GV NRW S. 564), hat der Kreistag des Kreises Mettmann am 16.12.2013 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Mettmann voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit  
Gesamtbetrag der Erträge auf 486.949.200 EUR  
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 495.019.950 EUR

im Finanzplan mit  
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 478.955.800 EUR  
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 486.202.850 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 6.323.950 EUR  
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 17.671.450 EUR festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

0 EUR

festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

29.276.050 EUR

festgesetzt.

## § 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

8.070.750 EUR

und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

festgesetzt.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 EUR

festgesetzt.

## § 6

- a) Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gemäß § 56 Abs. 1 und 2 KrO NRW eine Kreisumlage erhoben. Der Umlagesatz der Gemeinden wird für das Haushaltsjahr 2014 auf 35,3 v. H. der jeweils für 2014 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt. Die Kreisumlage ist zu  $\frac{1}{4}$  der Jahreszahl last jeweils am letzten Werktag im Februar, Mai, August und November fällig.

Erfolgt die Wertstellung nicht am Fälligkeitstag, können für die ausstehenden Beträge gemäß §§ 247, 288 BGB Verzugszinsen in Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz erhoben werden.

- b) Mit den Aufwendungen der Berufskollegs des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte auf der Grundlage der Schülerzahlen nach dem Stand vom 15.10.2012 für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt belastet:

		*
Stadt Erkrath	569.450 €	0,97 %
Stadt Haan	524.400 €	1,13 %
Stadt Heiligenhaus	622.750 €	1,97 %
Stadt Hilden	1.183.950 €	1,40 %
Stadt Langenfeld	692.300 €	0,73 %
Stadt Mettmann	880.950 €	2,01 %
Stadt Monheim a. R.	271.900 €	0,11 %
Stadt Ratingen	1.629.300 €	1,08 %
Stadt Velbert	2.244.500 €	2,11 %
Stadt Wülfrath	523.950 €	2,27 %
	9.143.450 €	

\* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 2. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)

Die Mehrbelastung für die Berufskollegs ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2014 fällig.

- c) Die Umlage des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wird gemäß § 56 Abs. 6 KrO NRW nach den buskilometrischen Leistungen auf die betroffenen Städte, unter Berücksichtigung des sich aus der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH (KVGGM) ergebenden finanziellen Vorteils, umgelegt.

Die Belastung im Haushaltsjahr 2014 verteilt sich wie folgt:

		*
Stadt Erkrath	1.289.999 €	2,19 %
Stadt Haan	905.917 €	1,96 %
Stadt Heiligenhaus	622.333 €	1,97 %
Stadt Hilden	1.180.985 €	1,40 %
Stadt Langenfeld	937.114 €	0,99 %
Stadt Mettmann	1.310.150 €	2,99 %
Stadt Ratingen	2.984.058 €	1,98 %
Stadt Velbert	1.604.644 €	1,51 %
Stadt Wülfrath	534.100 €	2,32 %
	11.369.300 €	

\* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 2. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)

Die Umlage des Zweckverbandes VRR setzt sich aus der allgemeinen Verbandsumlage, der BVR- und der SPNV-Umlage, dem Zahlungsausgleich aus der jeweiligen Ergebnisrechnung sowie dem Eigenaufwand der VRR AöR und dem des Zweckverbandes VRR zusammen.

Die Fälligkeit der Umlage orientiert sich an den in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes VRR festgesetzten Zahlungszeitpunkten.

Der Zahlungszeitpunkt der Zinsen, die sich aus dem Differenzbetrag zwischen Soll-Umlage und Ist-Umlage des Zweckverbandes VRR ergeben, orientiert sich an der gesonderten Festsetzung des Zweckverbandes. Zinsen, die der Zweckverband für nicht fristgerecht eingegangene Umlagenbeiträge erhebt, werden ebenfalls gesondert vom Verursacher abgefordert.

## § 7

- a) Bei den im Stellenplan als "künftig umzuwandeln" (ku-Vermerk) bezeichneten Planstellen sind die Tätigkeitsmerkmale des TVöD bzw. die funktionsgerechte Bewertung der Beamtenstelle zu beachten; die im Stellenplan mit "künftig wegfallend" (kw-Vermerk) bezeichneten Planstellen entfallen bei Freiwerden der Planstelle.
- b) Die an den Landschaftsverband zu entrichtende Umlage beträgt für 2014 16,3734 v. H. der maßgeblichen Bemessungsgrundlagen. Darüber hinaus ist in 2014 eine Bedarfsumlage für Rückzahlungsbeträge aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in Höhe von 0,1266 v.H. an den LVR zu entrichten.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE:
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Auf Nachfrage von KA Wedel teilt Herr Richter mit, dass sich die beschlossenen Änderungen in einer Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 0,1 %-Punkte auswirken werden. Der Gesamtveränderungsnachweis soll bis Ende der Woche vorliegen.

**Zu Punkt 4:            Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2014 des Kreises Mettmann  
Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2014  
- Vorlage Nr. 20/046/2013**

Der Kreistag nimmt im Rahmen der Benehmensherstellung von den vorgebrachten Punkten die Ausführungen zu 2.), 5.), 6.), 7.) und 9.) der gemeinsamen Stellungnahme der kreisangehörigen Städte vom 26.09.2013 (Anlage 4A) und die Ausführungen 3.) und 5.) bis 12.) sowie 15.) und 16.) der ergänzenden gemeinsamen Stellungnahme der kreisangehörigen Städte vom 20.11.2013 (Anlage 4B) zur Kenntnis.

KA Wedel beantragt, über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen. Er kündigt an, dem Vorschlag zu Ziffer B4 nicht zu folgen, da seine Fraktion sich für eine verbesserte Transparenz ausspreche. Dies sei mittels Vollkostenrechnung möglich.

Anschließend erfolgt die Abstimmung zu den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlages.

- B) Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt i.R. der Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2014 bezogen auf die gemeinsame Stellungnahme der kreisangehörigen Städte vom 26.09.2013 (Anlage 4A) Folgendes:

**Beschluss:**

**Zu 1.) Verbesserungen Kreisumlage**

Die Finanzverbesserungen, die sich im Rahmen der Beratungen ergeben haben, werden zu einer Senkung der Kreisumlage eingesetzt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Beschluss:**

**Zu 3.) RWE-Aktien**

Die in der KVGMB mbH eingelegten rd. 1 Mio. Stück RWE Aktien werden aus strategischen und wirtschaftlichen Erwägungen nicht ins Hoheitsvermögen des Kreises zurückgeführt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Beschluss:**

**Zu 4.) Freiwillige Aufgaben / Aufwendungen**

Die Darstellung der freiwilligen Aufgaben und Aufwendungen im Kreishaushalt ist nur rein aufgabenbezogen möglich. Der Anregung kann aus den dargestellten Gründen nicht gefolgt werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Beschluss:**

**Zu 8.) Kosten der Unterkunft**

Aktuelle Kalkulationen von Ende Oktober 2013 haben ergeben, dass die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften und die anfallenden Nebenkosten im Jahr 2014 tendenziell weiter ansteigen werden. Daher bleiben die Ansätze für die Kosten der Unterkunft im Haushalt unverändert.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Mit Blick auf den Beschlussvorschlag zu B 10 erkundigt sich LA Dr. Ibold, ob die Anregung nicht aufgegriffen werden und dieses Thema noch einmal für eine Fachausschusssitzung aufbereitet werden kann.

Frau Haase berichtet, dass der Aufwand zur Erhebung von Anliegerbeiträgen in keinem Verhältnis zu den anfallenden Anwendungsbereichen stehe.

**Beschluss:**

**Zu 10.) Anliegerbeiträge**

Die Rechts- und Beschlusslage aus dem Jahr 1976 hat weiterhin Bestand (Beschluss des Kreistages vom 15.11.1976, Vorlage Nr. 109/76). Es werden weiterhin keine Anliegerbeiträge erhoben.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C) Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt i.R. der Benehmensherstellung zum Stellenplan 2014 bezogen auf die ergänzende gemeinsame Stellungnahme der kreisangehörigen Städte vom 20.11.2013 (Anlage 4B) Folgendes:

**Beschluss:**

**Zu 1.) Veränderungen Stellenplan**

Der Kreistag verlängert grundsätzlich den seit 2010 geltenden Personalkostendeckel zur weiteren finanziellen Entlastung der ka. Städte.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Beschluss:**

**Zu 2.) Gegenfinanzierung Stellenplan 2014**

Im Rahmen der Haushaltsberatungen beschließt der Kreistag die Gegenfinanzierung der Mehrstellen 2014. Eine Erhöhung der Kreisumlage ist damit ausgeschlossen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Beschluss:**

**Zu 4.) Tourismusmanagement im Kreis Mettmann**

Der Kreistag beschließt die Umsetzung der ersten Stufe des Tourismusmanagements innerhalb der Kreisverwaltung Mettmann zum 01.12.2014 und beauftragt den Landrat, ein Kennzahlen- und Evaluierungssystem sowie einen Vorschlag zur Ausstattung mit Sachkosten in Form eines Marketingmaßnahmenplans für das Jahr 2015 zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Auf Einwand von KA Schulte macht Herr Richter deutlich, dass heute nicht beschlossen werden könne, dass auch künftig immer Gegenfinanzierungsvorschläge unterbreitet werden.

**Beschluss:**

**Zu 13.) Dauerhafte Gegenfinanzierungsmaßnahmen**

Der Kreis wird Maßnahmen prüfen, um Gegenfinanzierungsvorschläge auch bei künftigen Haushaltplanungen sicherzustellen.

**Abstimmungsergebnis:   einstimmig angenommen**

**Beschluss:**

**Zu 14.) Entwicklung Personalbudget**

Der Kreis trägt auch in Zukunft dafür Sorge, dass der beschlossene Personalkosten-deckel eingehalten wird und es bei der Ansatzplanung nur zu angemessenen Erhöhungen kommen wird.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich angenommen**

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

<b>Zu Punkt 8:       Nachträge</b>
------------------------------------

– entfällt –

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 9. stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

Da die Haushaltsberatungen in der heutigen Sitzung abgeschlossen werden konnten, entfällt die für Donnerstag, 12.12.2013 geplante Sitzung des Kreisausschusses.

**Ende der Sitzung: 18:06 Uhr**

gez.  
**Thomas Hendele**

gez.  
**Antje Schäfer**